

Inhaltsverzeichnis

1		
2		
3		
4		Seiten
5		
6	Entwurf der Tagesordnung	2
7		
8	Entwurf des Zeitplanes	3 bis 4
9		
10	Geschäftsordnung	5 bis 7
11	(Beschluss der 1. Tagung des 1. Landesparteitages – 2007)	
12		
13	Wahlordnung der Partei DIE LINKE	8 bis 14
14	(Beschluss des Gründungsparteitages der Partei DIE LINKE am	
15	16. Juni 2007)	
16		
17	Arbeitsgremien des 1. Landesparteitages	15 bis 16
18		
19	Antrag „Für eine Demokratisierung der Demokratie!“	17 bis 33
20		
21	Antrag „Konzept für eine politisch handlungsfähige und	34 bis 43
22	finanzierbare Struktur bis 2013“	
23		
24		
25		
26		
27		
28		
29		
30		
31		
32		
33		
34		
35		
36		
37		
38		
39		
40		
41		
42		
43		
44		
45		

46 DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
47 Landesvorstand

48

49

50

Entwurf

52

Tagesordnung

(geänderte Fassung vom 5. August 2008)

55

der 2. Tagung des 1. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

58

59

60 1. Begrüßung

61 2. Beschlussfassung über die Tagesordnung und den Zeitplan

62 3. Rede des Landesvorsitzenden zu den Aufgaben des Landesverbandes und
63 Einbringung des Beschlussentwurfes „Für eine Demokratisierung der
64 Demokratie!“

65 4. Bericht der Mandatsprüfungskommission

66 5. Aussprache und Beschlussfassung zum Beschlussentwurf „Für eine
67 Demokratisierung der Demokratie!“

68 6. Rede eines Vertreters des Landesarbeitsausschusses Parteireform zur
69 Einbringung des Beschlussentwurfes „Konzept für eine politisch
70 handlungsfähige und finanzierbare Struktur bis 2013“

71 7. Aussprache und Beschlussfassung zum Antrag „Konzept für eine politisch
72 handlungsfähige und finanzierbare Struktur bis 2013“

73 8. Bericht der Mandatsprüfungskommission

74 9. Wahl der/des Landesgeschäftsführers/-in

75 10. Nachwahl Landesschiedskommission

76 11. Rede des Parteivorsitzenden Genossen Prof. Lothar Bisky

77 12. Rede des Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion zum „Leitbild zur
78 räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt“

79 13. Aussprache und Beschlussfassung zum „Leitbild zur räumlichen Gliederung der
80 Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt“

81 14. Antrag zur Änderung der Landessatzung

82 15. Weitere Anträge

83 16. Schlusswort des Landesvorsitzenden

84

85

86

87

88

89

90 DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
91 Landesvorstand

92

93

94

95

Entwurf

96

97

Zeitplan

98

(geänderte Fassung vom 5. August 2008)

99

100

der 2. Tagung des 1. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

101

102

103

104

Samstag, den 20. September 2008

105

106

10.00 Uhr Eröffnung des Landesparteitages

107

10.10 Uhr Beschlussfassung des Landesparteitages über

108

- die Tagesordnung

109

- den Zeitplan

110

10.20 Uhr Rede des Landesvorsitzenden zu den Aufgaben des Landesverbandes

111

und zum Beschlussentwurf „Für eine Demokratisierung der

112

Demokratie!“

113

11.00 Uhr Aussprache zur Rede und zum Beschlussentwurf „Für eine

114

Demokratisierung der Demokratie!“

115

12.00 Uhr Pause

116

13.00 Uhr Fortsetzung der Aussprache

117

14.25 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission

118

14.30 Uhr Beschlussfassung zum Antrag „Für eine Demokratisierung der

119

Demokratie!“

120

15.00 Uhr Kaffeepause

121

15.30 Uhr Rede eines Vertreters des Landesarbeitsausschusses Partiereform zur

122

Einbringung des Antrages „Konzept für eine politisch handlungsfähige

123

und finanzierbare Struktur bis 2013“

124

15.50 Uhr Aussprache zur Rede und zum Entwurf des Antrages „Konzept für eine

125

politisch handlungsfähige und finanzierbare Struktur bis 2013“

126

18.00 Uhr Beschlussfassung über den Antrag „Konzept für eine politisch

127

handlungsfähige und finanzierbare Struktur bis 2013“

128

18.30 Uhr Aufstellung der KandidatInnen zur Wahl der/des

129

Landesgeschäftsführers/-in und Wahl

130

Aufstellung der Kandidatinnen zur Nachwahl in die Landesschieds-

131

kommission und Wahl

132

19.00 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse

133

danach Ende des ersten Beratungstages

134 **Sonntag, den 21. September 2008**

135

136 10.00 Uhr Rede des Parteivorsitzenden Genossen Prof. Lothar Bisky

137 10.45 Uhr Rede des Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion zum „Leitbild
138 zur räumlichen Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in
139 Sachsen-Anhalt“

140 11.20 Uhr Aussprache zur Rede und zum Antrag „Leitbild zur räumlichen
141 Gliederung der Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt“

142 12.30 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission

143 12.35 Uhr Beschlussfassung zum Antrag „Leitbild zur räumlichen Gliederung der
144 Öffentlichen Daseinsvorsorge in Sachsen-Anhalt“

145 13.00 Uhr Antrag zur Änderung der Landessatzung

146 13.05 Uhr Behandlung weiterer Anträge

147 danach Ende des zweiten Beratungstages

148

149

150

151

152

153

154

155

156

157

158

159

160

161

162

163

164

165

166

167

168

169

170

171

172

173

174

175

176

177

178

179 DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
180 Landesvorstand

181

182

183

184

185

Geschäftsordnung

186

187

des 1. Landesparteitages der Partei

188

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

189

190 (Beschluss der 1. Tagung des 1. Landesparteitages vom September 2007)

191

192

193

194 1. Der Landesparteitag wählt als Arbeitsgremien im Block auf Vorschlag des
195 Landesvorstandes und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen
196 erhoben wird, in offener Abstimmung:

197

198

- das Tagungspräsidium

199

- die Mandatsprüfungskommission

200

- die Wahlkommission

201

- die Antragskommission

202

203

Die Wahl des Tagungspräsidiums und der Kommissionen erfolgt quotiert in
204 offener Abstimmung und getrennt voneinander. Vorschläge können in jeweils
205 einer gemeinsamen Liste eingebracht werden. Wählbar sind alle gewählten
206 Delegierten des Landesparteitages.

207

Der Landesparteitag kann zur Unterstützung der Wahlkommission weitere
208 WahlhelferInnen bestätigen, die nicht Delegierte sind.

209

210

2. Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Tagungspräsidium geleitet.

211

212

213

3. Der Landesparteitag wählt in offener Abstimmung eine/n Versammlungsleiter/in und eine/n Schriftführer/in.

214

215

216

4. Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Landesparteitages in dieser Reihenfolge beschlossen.

217

218

219

5. Alle gewählten und angemeldeten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern die Bundessatzung bzw. Landessatzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gewählten

220

221

- 222 Delegierten anwesend sind. TeilnehmerInnen mit beratender Stimme haben
223 Rederecht.
224
- 225 6. Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landespar-
226 teitag beschlossenen Tagesordnung.
227
- 228 7. Wortmeldungen sind dem Tagungspräsidium schriftlich einzureichen. Das
229 Tagungspräsidium hat das Recht, Gästen des Landesparteitages das Wort zu
230 erteilen. Die Reihenfolge der RednerInnen wird innerhalb der beschlossenen
231 Tagesordnung durch die Reihenfolge der Wortmeldungen und die Quotierung
232 bestimmt. Die Redezeit für DiskussionsrednerInnen beträgt maximal 5
233 Minuten. Längere Redezeiten sind durch die AntragstellerInnen vor Beginn der
234 Rede zu beantragen und durch den Landesparteitag zu bestätigen. Die
235 Delegierten haben das Recht, Anfragen an die DiskussionsrednerInnen zu
236 stellen. Das Tagungspräsidium kann die Anzahl der Anfragen an
237 DiskussionsrednerInnen begrenzen.
238
- 239 8. Anträge an den Landesparteitag, die nach Antragsschluss gestellt werden, sind
240 schriftlich einzureichen und erfordern, wenn sie zur Beratung im Plenum
241 kommen sollen, die Unterschrift von mindestens 10 der anwesenden
242 Delegierten.
243 Zur Begründung selbständiger Anträge erhalten zunächst die Antragstel-
244 lerInnen das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt 5 Minuten. Es erhält
245 jeweils ein/e Redner/in dafür und ein/e Redner/in dagegen das Wort, die
246 Redezeitbegrenzung beträgt 2 Minuten.
247 Der Landesparteitag kann mit einer absoluten Mehrheit der Stimmen der
248 anwesenden Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.
249
- 250 9. Die Abstimmung über Anträge erfolgt im Komplex mit dem Bericht der
251 Antragskommission, falls der Landesparteitag nichts anderes beschließt. Alle
252 Anträge werden nummeriert.
253 Änderungsanträge sind Anträge, die sich auf vorliegende Anträge beziehen und
254 diese ändern sollen und können durch jeden Delegierten gestellt werden.
255 Dringlichkeits- und Initiativanträge sind Anträge, die nach Antragsschluss auf
256 besondere politische Ereignisse oder grundsätzliche politische bzw. gesell-
257 schaftliche Veränderungen reagieren und der Landesparteitag durch
258 entsprechende Beschlussfassung sich dazu verhalten muss.
259 Anträge an die Kommissionen des Landesparteitages können durch jeden
260 Delegierten gestellt werden.
261
- 262 10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich und außerhalb der Reihen-
263 folge der eingereichten DiskussionsrednerInnen gestellt werden. Vor der Ab-
264 stimmung darüber erhält ein/e Redner/in dafür und ein/e Redner/in dagegen
265 das Wort. Die Redezeit beträgt für Antragsteller/in sowie Für- und Gegenred-

- 266 ner/in jeweils maximal 2 Minuten. Bei laufender Abstimmung können Anträge
267 zur Geschäftsordnung nicht gestellt werden.
268
- 269 11. Beschlüsse werden durch den Landesparteitag mit einfacher Stimmenmehr-
270 heit der anwesenden Delegierten gefasst, wenn kein anders lautender Antrag
271 zum Abstimmungsverfahren gestellt wird und sofern die Satzung nichts
272 anderes bestimmt.
273 Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.
274 Die Abstimmung erfolgt durch Erheben der Delegiertenkarte.
275
- 276 12. Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der Stimmen der delegierten Frauen
277 ein Frauenplenum des Landesparteitages in offener Abstimmung einberufen
278 werden. Beschlüsse des Frauenplenums haben Veto-Charakter, sie können nur
279 mit Zwei-Drittel-Mehrheit aller Delegierten zurückgewiesen werden.
280 Das Frauenplenum ist Bestandteil der Verhandlungen des Landesparteitages,
281 für die Tagungsmodalitäten macht das Tagungspräsidium Vorschläge.
282
- 283 13. Persönliche Erklärungen der Delegierten können nach Beendigung des jeweili-
284 gen Tagesordnungspunktes gegeben werden. Die Redezeit beträgt maximal 2
285 Minuten.
286
- 287 14. Die Sitzungen des Landesparteitages sind öffentlich. Über die Durchführung
288 geschlossener Sitzungen beschließt der Landesparteitag auf Antrag mit einer
289 Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten.
290
- 291 15. Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort. Es erfolgt eine
292 Ton- bzw. Videoaufzeichnung.
293
- 294 16. Funktelefone sind im Konferenzsaal auszuschalten.
295
- 296 17. Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit
297 der anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen
298 Geschäftsordnung sind mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der
299 anwesenden Delegierten möglich.
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310

Wahlordnung der Partei DIE LINKE

(Beschluss des Gründungsparteitages der Partei DIE LINKE
am 16. Juni 2007 in Berlin)

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Wahlordnung gilt für alle Wahlen innerhalb der Partei.

(2) Sie gilt, vorbehaltlich besonderer Bestimmungen der Wahlgesetze, auch für Versammlungen zur Aufstellung von Wahlbewerberinnen und -bewerbern für öffentliche Wahlen.

§ 2 Wahlgrundsätze

(1) Es gilt allgemein der Grundsatz der freien, gleichen und geheimen Wahl.

(2) Wahlen, die weder die Besetzung von Organen der Partei oder ihrer Gebietsverbände, noch mittelbar (Wahl von Vertreterinnen und Vertretern) oder unmittelbar die Aufstellung von Wahlbewerberinnen oder Wahlbewerbern betreffen, können offen durchgeführt werden, wenn keine wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerin und kein wahlberechtigter Versammlungsteilnehmer dem widerspricht.

(3) Eine Versammlung kann im Rahmen des Grundsatzes nach Absatz 1 und im Rahmen der Bundessatzung ergänzende oder abweichende Bestimmungen zu den §§ 5 bis 12 treffen. Ein entsprechender Versammlungsbeschluss kann jedoch niemals rückwirkend auf eine bereits stattgefundene Wahlhandlung angewendet werden.

(4) Nach Versammlungsbeschluss sind auch elektronische Wahlen zulässig, soweit diese das Wahlgeheimnis, den Datenschutz und die Manipulationssicherheit gewährleisten. Die Bestimmungen dieser Wahlordnung sind dabei sinngemäß anzuwenden.

§ 3 Ankündigung von Wahlen

(1) Wahlen können nur stattfinden, wenn sie angekündigt sind. Sie sind in der Einladung anzukündigen, wenn Neu- oder Nachwahlen satzungsgemäß vorgeschrieben sind oder wenn ein zulässiger Antrag auf die Durchführung von Neu- oder Nachwahlen bzw. ein zulässiger Abwahantrag vorliegt.

352 (2) Die Ankündigung einer Wahl muss den Versammlungsmitgliedern spätestens
353 eine Woche vor der Wahl zugehen.

354

355 (3) Soweit die Wahlen nicht satzungsgemäß vorgeschrieben sind, bleibt es der
356 Versammlung unbenommen, angekündigte Wahlen ganz oder teilweise von der
357 Tagesordnung abzusetzen.

358

359 **§ 4 Wahlkommission**

360

361 (1) Zur Durchführung einer oder mehrerer Wahlen bestimmt die Versammlung in
362 offener Abstimmung eine Wahlkommission, welche aus ihrer Mitte eine Wahlleiterin
363 oder einen Wahlleiter bestimmt, sofern diese oder dieser nicht bereits durch die
364 Versammlung bestimmt wurde.

365

366 (2) Die Wahlkommission leitet die Wahlhandlung und stellt das Wahlergebnis fest.

367

368 (3) Die Mitglieder der Wahlkommission müssen der Versammlung nicht angehören.
369 Die Wahlkommission kann bei Bedarf weitere Wahlhelferinnen und Wahlhelfer
370 hinzuziehen.

371

372 (4) Wer selbst für ein zu wählendes Parteiämter oder Mandat kandidiert, kann nicht
373 der Wahlkommission angehören. Nimmt ein Mitglied der Wahlkommission eine
374 Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus.

375

376 **§ 5 Wahl für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate**

377

378 (1) Wahlen für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate finden in jeweils
379 gesonderten Wahlgängen statt, die nach Maßgabe eines Versammlungsbeschlusses
380 nacheinander oder parallel stattfinden können.

381

382 (2) Bei parallel stattfindenden Wahlgängen ist eine gleichzeitige Wahlbewerbung
383 auch dann möglich, wenn die gleichzeitige Annahme der zu wählenden Parteiämter
384 und Mandate ausgeschlossen ist.

385

386 (3) Bei der Aufstellung der einzelnen Listenplätze von Wahlvorschlagslisten für
387 öffentliche Wahlen ist analog zu verfahren. (Ausnahme: siehe § 6 Absatz 4)

388

389 **§ 6 Wahl für gleiche Parteiämter oder Mandate**

390

391 (1) Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter oder Mandate werden in der Regel in
392 zwei aufeinander folgenden Wahlgängen durchgeführt. Dabei werden im ersten
393 Wahlgang die gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung §

394 10 Absatz 4) den Frauen vorbehaltenen Parteiämter oder Mandate besetzt. Im
395 zweiten Wahlgang werden die danach verbleibenden Parteiämter oder Mandate
396 besetzt.

397

398 (2) Beide Wahlgänge können parallel stattfinden, wenn nicht mehr Frauen
399 vorgeschlagen werden als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung
400 insgesamt mindestens gewählt werden sollen oder wenn alle (weiblichen)
401 Bewerberinnen bereits vorab auf die Teilnahme am zweiten Wahlgang verzichten.
402 Die Teilung in zwei Wahlgänge entfällt, wenn nicht mehr Männer vorgeschlagen
403 werden, als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt höchstens
404 gewählt werden können.

405

406 (3) Zusätzliche Wahlgänge, zum Beispiel zur Berücksichtigung von Gebietsver-
407 bänden oder zur Sicherung besonderer Quoten, sind nach Versammlungsbeschluss
408 zulässig. Die Absätze 1 und 2 sind dabei sinngemäß anzuwenden.

409

410 (4) Bei der Aufstellung von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen können
411 nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss mehrere aufeinander
412 folgende Listenplätze wie gleiche Mandate behandelt werden. Dabei werden in dem
413 gemäß der Geschlechterquotierung den Frauen vorbehaltenen ersten Wahlgang die
414 ungeraden, im zweiten Wahlgang die geraden Listenplätze, jeweils in der Reihen-
415 folge der erreichten Ja-Stimmen-Zahlen, besetzt.(Bundessatzung § 10 Absatz 5)

416

417 **§ 7 Wahlvorschläge**

418

419 (1) Jedes Parteimitglied kann Wahlvorschläge unterbreiten oder sich selbst
420 bewerben. Für weitere Wahlgänge nach § 12 können nur wahlberechtigte
421 Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.

422

423 (2) Wahlvorschläge müssen schriftlich eingereicht werden. Das schriftliche
424 Einverständnis der Vorgeschlagenen muss vorliegen.

425

426 (3) Wenn eine vorgeschlagene Person in der Wahlversammlung selbst anwesend ist,
427 kann sowohl der Wahlvorschlag, als auch die Zustimmung der Bewerberin bzw. des
428 Bewerbers durch Zuruf erfolgen. Auf Zuruf können jedoch nur wahlberechtigte
429 Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.

430

431 (4) Wahlvorschläge sind bis zum Abschluss der Bewerberinnen- und Bewerberliste
432 für den entsprechenden Wahlgang zulässig.

433

434 (5) Alle vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber erhalten eine angemessene
435 Redezeit zu ihrer Vorstellung. Über die angemessene Zeit und über Möglichkeit und
436 Umfang von Fragen an Bewerberinnen und Bewerber und Stellungnahmen zu
437 Bewerberinnen und Bewerbern ist durch Versammlungsbeschluss zu entscheiden.

438 Dabei sind die Bewerberinnen und Bewerber für gleiche Parteiämter oder Mandate
439 gleich zu behandeln.
440

441 **§ 8 Stimmenabgabe**

442
443 (1) Stimmzettel in einem Wahlgang müssen in Form und Farbe einheitlich sein.
444

445 (2) In jedem Wahlgang sind alle Bewerberinnen und Bewerber in alphabetischer
446 Reihenfolge auf einen einheitlichen Stimmzettel aufzunehmen.
447

448 (3) Jede und jeder Wahlberechtigte hat das Recht, hinter dem Namen jeder
449 Bewerberin und jedes Bewerbers mit Ja, mit Nein oder mit Enthaltung zu stimmen.
450 Fehlt eine Kennzeichnung, ist dies eine Enthaltung.
451

452 (4) Die Zahl der zulässigen Ja-Stimmen in einem Wahlgang ist auf die Zahl der zu
453 besetzenden Parteiämter oder Mandate begrenzt. Abweichungen davon nach unten
454 sind zum besonderen Minderheitenschutz nach entsprechendem Versammlungs-
455 beschluss zulässig. Die zulässige Zahl der Ja-Stimmen muss bei der Stimmabgabe
456 nicht ausgeschöpft werden.
457

458 (5) Ist die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber in einem Wahlgang größer als die
459 Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate kann nach entsprechendem
460 Versammlungsbeschluss die Möglichkeit von Nein-Stimmen entfallen. Die Möglich-
461 keit von Nein-Stimmen entfällt generell, wenn die Zahl der Bewerberinnen und
462 Bewerber mindestens doppelt so groß ist, wie die Zahl der zu besetzenden Partei-
463 ämter oder Mandate.
464

465 **§ 9 Stimmenauszählung und ungültige Stimmen**

466
467 (1) Die Stimmenauszählung durch die Wahlkommission ist parteiöffentlich. Die
468 ordnungsgemäße Auszählung darf durch die Öffentlichkeit nicht beeinträchtigt
469 werden.
470

471 (2) Die Wahlkommission hat Stimmzettel für ungültig zu erklären, wenn auf ihnen
472 der Wille der oder des Wählenden nicht gemäß dieser Wahlordnung erkennbar ist,
473 wenn auf ihnen mehr Ja-Stimmen als zulässig abgegeben wurden oder wenn sie
474 das Prinzip der geheimen Wahl verletzen.
475

476 **§ 10 Erforderliche Mehrheiten**

477
478 (1) Gewählt sind in einem Wahlgang diejenigen, bei denen die Zahl der gültigen Ja-
479 Stimmen größer ist, als die zusammengefasste Zahl der gültigen Nein-Stimmen und

480 der gültigen Enthaltungen (absolute Mehrheit). Durch Satzung oder durch
481 Versammlungsbeschluss kann für bestimmte Ämter auch ein höheres Quorum
482 bestimmt werden.

483

484 (2) Bei Delegiertenwahlen oder - nach einem entsprechenden Versammlungs-
485 beschluss - auch bei anderen Wahlen ist es ausreichend, wenn die Zahl der
486 gültigen Ja-Stimmen größer ist als die Zahl der gültigen Nein-Stimmen (einfache
487 Mehrheit). In Wahlgängen ohne die Möglichkeit von Nein-Stimmen haben die
488 Bewerberinnen bzw. Bewerber die einfache Mehrheit erreicht, wenn sie auf
489 mindestens einem Viertel der gültigen Stimmzettel gewählt wurden. Durch
490 Versammlungsbeschluss kann ein anderes Mindestquorum bestimmt werden.

491

492 **§ 11 Reihenfolge der Wahl und Verfahren bei Stimmengleichheit**

493

494 (1) Haben in einem Wahlgang mehr Bewerberinnen oder Bewerber die jeweils
495 erforderliche Mehrheit erreicht, als überhaupt Parteiämter oder Mandate zu
496 besetzen waren, sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den höchsten Ja-
497 Stimmen-Zahlen gewählt.

498

499 (2) Bei Delegiertenwahlen sind alle weiteren Bewerberinnen und Bewerber mit der
500 erforderlichen Mehrheit in der Reihenfolge ihrer Ja-Stimmen-Zahl als Ersatzdele-
501 gierte gewählt, soweit nicht zur Wahl der Ersatzdelegierten gesonderte Wahlgänge
502 stattfinden.

503

504 (3) Entfällt auf mehrere Bewerberinnen bzw. Bewerber die gleiche Stimmenzahl,
505 entscheidet eine Stichwahl.

506

507 (4) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines
508 Landesvorstandes sind die Bewerberinnen und Bewerber in der Reihenfolge ihrer Ja-
509 Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie sowohl die erforderliche Mehrheit nach § 10
510 dieser Ordnung erhalten haben, als auch der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der
511 Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-,
512 Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen)
513 genügen. Die Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung ist bereits im
514 ersten Wahlgang (nach § 6 Absatz 1 Satz 2) anteilig zu berücksichtigen.

515

516 **§ 12 Weitere Wahlgänge und Stichwahlen**

517

518 (1) Bleiben nach einem Wahlgang Parteiämter oder Mandate unbesetzt, kann durch
519 Versammlungsbeschluss entweder

- 520 - die Wahl vertagt oder
- 521 - ein weiterer Wahlgang (nach den §§ 5 bis 11) aufgerufen oder
- 522 - eine Stichwahl herbeigeführt werden.

523 (2) In einer Stichwahl stehen diejenigen noch nicht gewählten Bewerberinnen und
524 Bewerber zur Wahl, die in den zuvor stattgefundenen Wahlgängen die meisten Ja-
525 Stimmen erhalten haben, soweit sie ihre Wahlbewerbung nicht zurückziehen. Neue
526 Bewerbungen sind unzulässig. Dabei stehen höchstens doppelt so viele Bewer-
527 berinnen bzw. Bewerber zur Wahl, wie noch Parteiämter bzw. Mandate zu besetzen
528 sind, bei Stimmengleichheit der letzten Bewerberinnen bzw. Bewerber ausnahms-
529 weise auch mehr. In der Stichwahl entfällt die Möglichkeit von Nein-Stimmen,
530 gewählt sind die Bewerberinnen bzw. Bewerber mit den meisten Ja-Stimmen.

531

532 (3) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines
533 Landesvorstandes können an einer Stichwahl mindestens doppelt so viele
534 Bewerberinnen und Bewerber, die keine Mandatsträgerinnen und -träger der
535 Europa-, Bundes- oder Landesebene sind, teilnehmen, wie gemäß § 32 Absatz 4 der
536 Bundessatzung mindestens noch gewählt werden müssen. Die zulässige Zahl von
537 Mandatsträgerinnen und -trägern verringert sich gegebenenfalls entsprechend. Die
538 Bewerberinnen und Bewerber sind in der Reihenfolge ihrer Ja-Stimmen-Zahlen
539 gewählt, soweit sie der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung
540 (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder
541 Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen.

542

543 **§ 13 Annahme der Wahl, Wahlprotokoll und Nachwahlen**

544

545 (1) Eine Wahl gilt als angenommen, wenn die oder der Gewählte dem nicht
546 unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses widerspricht.

547

548 (2) Jede Wahl ist zu protokollieren. Das Protokoll muss alle ergänzenden
549 Versammlungsbeschlüsse zu dieser Wahlordnung und alle Wahlergebnisse
550 enthalten. Es ist durch die Wahlleiterin bzw. den Wahlleiter und zwei weitere
551 Mitglieder der Wahlkommission zu unterzeichnen. Die Wahlunterlagen
552 (Wahlprotokoll, Stimmzettel, Zählzettel, Wahllisten usw.) sind für die Dauer der
553 Wahlperiode der Gewählten aufzubewahren.

554

555 (3) Vakante Parteiämter sind durch Nachwahlen zu besetzen.

556

557 (4) Vakante Delegiertenmandate sind nur dann durch Nachwahlen zu besetzen,
558 wenn unter Beachtung der Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung §
559 10 Absatz 4) keine gewählten Ersatzdelegierten mehr zur Verfügung stehen.

560

561

562

563

564

565

566 **§ 14 Wahlwiederholung**

567

568 (1) Wird während der Wahlhandlung oder während der Stimmenauszählung ein
569 Wahlfehler festgestellt, der relevanten Einfluss auf das Wahlergebnis haben kann,
570 hat die Wahlkommission die Wahlhandlung bzw. die Stimmenauszählung sofort
571 abzurechnen und die Wiederholung der Wahlhandlung zu veranlassen. Der Grund
572 für die Wahlwiederholung ist im Wahlprotokoll festzuhalten.

573

574 (2) Im Übrigen kann eine Wahlwiederholung nur infolge einer Wahlanfechtung
575 stattfinden.

576

577 **§ 15 Wahlanfechtung**

578

579 (1) Wahlen können bei der zuständigen Schiedskommission angefochten werden,
580 wenn die Verletzung von Bestimmungen dieser Wahlordnung, der Parteisatzung, des
581 Parteiengesetzes, der Wahlgesetze oder des Verfassungsrechts behauptet wird und
582 eine solche Rechtsverletzung zumindest möglich erscheint.

583

584 (2) Wahlanfechtungen haben keine aufschiebende Wirkung.

585

586 (3) Anfechtungsberechtigt sind:

- 587 a) der Parteivorstand und die zuständigen Landes- und Kreisvorstände
- 588 b) wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer
- 589 c) unterlegene Wahlbewerberinnen und -bewerber.

590

591 (4) Eine Wahlanfechtung ist binnen zwei Wochen nach Ablauf des Tages, an dem die
592 Wahl stattfand, zulässig.

593

594 (5) Eine Wahlanfechtung ist nur begründet, wenn und soweit der behauptete
595 Mangel Einfluss auf das Ergebnis der Wahl gehabt haben kann.

596

597 (6) Die Schiedskommission ist bei einer berechtigten Wahlanfechtung befugt, eine
598 Wahlwiederholung anzuordnen.

599

600

601

602

603

604

605

606

607

608

Arbeitsgremien des 1. Landesparteitages

(Gewählt auf der 1. Tagung des 1. Landesparteitages im September 2007)

609

610

611

612

613 **Tagungspräsidium**

614

615	Heidemarie Ehlert	Dessau-Roßlau
616	Jutta Fiedler	Halle
617	Rosemarie Hein	Magdeburg
618	Bärbel Hortig	Anhalt-Bitterfeld
619	Christine Krößmann	Burgenlandkreis
620	Dolores Rente	Stendal
621	Edeltraud Rogée	Jerichower Land
622	Ruth Rothe	Altmarkkreis Salzwedel
623	Ute Tichatschke	Harz
624	Gudrun Tiedge	Börde
625	Uta Zillmann	Halle
626		
627	Achim Bittrich	Halle
628	Mario Blasche	Stendal
629	Jürgen Brunsch	Altmarkkreis Salzwedel
630	Roland Claus	Burgenlandkreis
631	Frank Hoffmann	Dessau-Roßlau
632	Matthias Höhn	Magdeburg
633	Swen Knöchel	Halle
634	Uwe Loos	Wittenberg
635	Uwe Ritter	Saalekreis
636	Roland Teichmann	Mansfeld-Südharz
637	Thomas Waldheim	Magdeburg

638

639

640 **Antragskommission**

641

642	Halina Anton	FAG Lisa
643	Birke Bull	FAG Lisa
644	Sabine Dirlich	Salzland
645	Ute Haupt	Halle
646	Helga Paschke	Stendal
647	Sandra Zwirnmann	Burgenlandkreis
648		
649	Dennis Jannack	Magdeburg
650	André Lüderitz	Harz

651

652

653 **Mandatsprüfungskommission**

654

655	Ada Ahrens	Harz
656	Sabine Roszczka	Jerichower Land
657	Heide Schüler	Börde

658

659	Hans Thomas	Dessau-Roßlau
-----	-------------	---------------

660

661

662 **Wahlkommission**

663

664	Sybille Altzschner	Saalekreis
665	Monika Andrich	Dessau-Roßlau
666	Adelheid Fleischauer	Burgenlandkreis
667	Ilona Iffarth	Saalekreis
668	Carola Sperling	Altmarkkreis Salzwedel
669	Karen Voß	Harz
670	Vicki Wieland	Magdeburg

671

672	Günter Herder	Anhalt-Bitterfeld
-----	---------------	-------------------

673	Ants Kiel	Halle
-----	-----------	-------

674	Klaus Lindner	Börde
-----	---------------	-------

675	Wolfgang Menzel	Salzland
-----	-----------------	----------

676	Horst Dübner	Wittenberg
-----	--------------	------------

677

678

679

680

681

682

683

684

685

686

687

688

689

690

691

692

693

694

695

696

697

698 DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
699 Landesvorstand

700

701 Antrag an die 2. Tagung des 1. Landesparteitages
702 der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

703

704

705

Für eine Demokratisierung der Demokratie!

706

707

708 **Die Demokratie ist in der Krise. Im politischen System, das eigentlich die**
709 **Beteiligung aller garantieren soll, sind immer weniger Bürgerinnen und**
710 **Bürger aktiv.** Wahlen zeigen es überdeutlich. Sie werden von vielen Menschen als
711 wirkungslos angesehen und folglich ignoriert. Die Brüchigkeit des eigenen Lebens-
712 standards führt zu Enttäuschungen über die Politik, die einerseits für die wirtschaft-
713 liche Entwicklung verantwortlich gemacht und um Veränderung angemahnt wird.
714 Andererseits wird ihr die Kompetenz dazu konsequent abgesprochen. Im Osten der
715 Republik verdichtet sich das Problem deutlich, ist alltäglich spür- und erlebbar. Die
716 Bevölkerungszahl schrumpft. Die Jungen, besser Gebildeten gehen. Es sind in der
717 Mehrzahl junge Frauen, die sich als flexibler erweisen und ihre Zukunft in anderen
718 Regionen suchen. Diejenigen, die bleiben, sind oft in hohem Maße frustriert und
719 reagieren intolerant und ausgrenzend auf jene, die kommen und in ihrer Nachbar-
720 schaft eine Perspektive suchen. Ihre Vorstellungen von weitreichenden Verände-
721 rungen, allzu oft als konsequentes Durchgreifen formuliert, sind mit demokrati-
722 schen Werten kaum vereinbar. Davon profitiert die extreme Rechte. Sie verstetigt
723 ihre Wahlerfolge in den Kommunen und Ländern. Vermeintliche Abschottung steht
724 hoch im Kurs einer Zeit, die eigentlich zeigt, dass Probleme im nationalstaatlichen
725 Rahmen allein nicht mehr zu lösen sind. Die Probleme sind komplex, einfache
726 Antworten untauglich.

727

728 **DIE LINKE ist eine demokratische Partei. DIE LINKE ist eine systemkritische**
729 **Partei. Daraus folgt die Frage, welche Werte die Demokratie auszeichnen und**
730 **was ihr Wirksamwerden in unseren Augen begrenzt.** Diese Fragestellung ist
731 Ausgangspunkt dieses Antrages. Er versteht sich damit auch als Beitrag, um die
732 Möglichkeiten und Grenzen eines gesellschaftlichen Transformationsprozesses zu
733 diskutieren.

734

735 **Unveräußerliche und unteilbare Menschenrechte sind die grundlegenden**
736 **Bestandteile der modernen, säkularen Gesellschaft.** Dazu gehört das Recht des
737 Einzelnen auf Selbstbestimmung. Das erste und einzige Konzept, das diese Plurali-
738 tät von Gesellschaften mit der prinzipiellen Forderung nach Gleichheit verbinden
739 kann, ist die Demokratie. Heute ist sie als moderne Organisationsform politischer
740 Herrschaft geprägt durch Gewaltenteilung der staatlichen Institutionen, Rechts-
741 staatlichkeit und eben die Garantie der Grund- und Freiheitsrechte, deren Unver-

742 äußerlichkeit durch ihren besonderen Verfassungsrang dokumentiert ist. Diese
743 Konzepte sind in historischen Prozessen in Abgrenzung zu religiös-fundamenta-
744 listischen, feudal-absolutistischen oder nationalistisch-diktatorischen Gesell-
745 schaften entstanden und daher wohl begründet.

746

747 **An den Institutionen der Demokratie führt in der modernen Gesellschaft kein**
748 **Weg vorbei.** Sie sind die Voraussetzung dafür, dass Bürgerinnen und Bürger die
749 Ordnung der Gesellschaft als legitim anerkennen können, dass Minderheiten zu
750 Mehrheiten werden können, dass politisches Handeln von Argumenten statt von
751 reinen Machtinteressen geleitet wird. Dabei bedarf es freilich auch hier einer
752 Rückkopplung der Institutionen an den Bürgerwillen, um die vielfach eingetretene
753 Entfremdung zwischen dem System und der Lebenswelt der Menschen zu über-
754 winden. **Die Demokratie muss sich also neu ihres wesentlichen Gehaltes**
755 **versichern und wieder zu einer Demokratie der Bürgerinnen und Bürger**
756 **werden.**

757

758 Gleichwohl hat dieses freiheitlich-liberale Denken aus seinem Entstehungsprozess
759 heraus immer auch einen blinden Fleck. Aus der Freiheit des Einzelnen wird im
760 Kapitalismus der Zwang für jeden Einzelnen, sich in der modernen Konkurrenz-
761 gesellschaft zu behaupten. Aus Freiheit als Versprechen wird die Freiheit des
762 Marktes.

763

764 **DIE LINKE kämpft für eine Gesellschaft, die jedem ein Leben in Würde und**
765 **Selbstbestimmung ermöglicht. Wir vertreten einen Demokratieansatz, der**
766 **mit den Freiheitsrechten verknüpft ist und auf soziale Gerechtigkeit sowie**
767 **umfassende Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen abzielt.**
768 Eine lebendige Demokratie erfordert vor allem transparente Strukturen von Staat
769 und Politik, eine wirkliche gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen
770 Leben, die allgemeine und umfassende Zugänglichkeit von Informationen, die
771 nachteilslose Möglichkeit der Minderheitenposition, die Hinterfragung der politi-
772 schen Praxis auf ihren tatsächlichen demokratischen Gehalt, die Kontrolle staat-
773 licher Institutionen, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und nicht zuletzt auch den
774 Schutz und die Verteidigung der Demokratie. **Für uns gewinnt Demokratie ihren**
775 **Gehalt aus dem Zusammenhang von sozialen und politischen Rechten.**

776

777

778 **Herausforderungen für die Demokratie im 21. Jahrhundert**

779

780 Die Demokratie steht im 21. Jahrhundert vor neuen Herausforderungen. Die neuen
781 Informationstechnologien überwinden bisher gekannte Grenzen von Zeit und Raum.
782 **Die Globalisierung hat die Welt in neuer Weise verbunden.** Die Technisierung
783 hat neue Formen der Arbeit geschaffen und alte abgeschafft. Wissen wird Schlüs-
784 selqualifikation für immer mehr Menschen und entscheidet zunehmend über ihre
785 Entfaltungsmöglichkeiten. Der nationalstaatliche Einfluss schwindet, bei gleich-

786 zeitiger Globalisierung von Politik und Wirtschaft. Krieg gilt immer noch als Mittel
787 der Konfliktlösung.
788
789 Ressourcen und Positionen sind ungleich verteilt, auch in demokratischen Gesell-
790 schaften, auch zwischen Männern und Frauen. Nicht allein die soziale Spaltung in
791 den Industriestaaten verschärft sich. Menschen in der sogenannten Peripherie
792 kapitalistischer Produktion bleiben überproportional von Umweltzerstörungen,
793 inhumanen Arbeitsbedingungen, Hunger und Gewalt betroffen. Umwelt- und Natur-
794 zerstörung können nur in gemeinsamer Perspektive bekämpft werden. Gleichzeitig
795 belastet die Wirtschafts- und Lebensweise der Industriegesellschaften die ökologi-
796 schen Ressourcen der Erde. Menschen- und Grundrechte werden jeden Tag und
797 überall auf der Welt verletzt. **Das beweist, dass das eigentlich Selbstverständ-**
798 **liche jeden Tag neu erkämpft werden muss.** Die Sicherung der Menschenrechte,
799 der verantwortliche Umgang mit den natürlichen Ressourcen und die Bekämpfung
800 von Hunger und Armut lassen sich nicht auf der Ebene einzelner Staaten und erst
801 recht nicht in der Relation von Wahlperioden erreichen. **Das gelingt nur in einer**
802 **globalen und über die Generationen hinweg reichenden Perspektive.**
803
804 Die Globalisierung beeinflusst die Struktur der Gesellschaften über die Wirkungen
805 des globalen Handels hinaus. Erstmals stehen sowohl Kapital als auch Arbeit in
806 unmittelbarer Konkurrenz zueinander, die arbeitsteilige Gesellschaft umfasst den
807 ganzen Globus. Die Berufsbiografien der Industriegesellschaft befinden sich in tief
808 greifendem Wandel. Das „normale“ Arbeitsverhältnis“ bildet vielfach nur noch den
809 Referenzrahmen, um die zunehmende prekäre Beschäftigung zu kritisieren. Die
810 heutigen Arbeitsbedingungen sind gekennzeichnet von befristeten Verträgen,
811 schlechten Löhnen und hohem Leistungs- und Konkurrenzdruck. Bei gleichzeitig
812 steigender Produktivität schwinden die Möglichkeiten der Erwerbsarbeit. Das hat
813 massive Konsequenzen für die Beschäftigten, viel mehr noch für die Solidarsysteme
814 dieses Landes. Der Sozialstaat wird demontiert, die Risikoabsicherung zunehmend
815 ins Private abgeschoben. Die herrschende Politik des Neoliberalismus flankiert dazu
816 rhetorisch: Wer auf dem Markt auf der Strecke bleibt, soll sich abgewöhnen, den
817 Staat dafür in Haftung zu nehmen.
818
819 **Die Auswirkungen einer sich massiv verändernden Arbeitswelt sind konkret.**
820 Viele Menschen sind betroffen, von Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung, realer
821 Verarmung. Die Angst vor dem sozialen Abstieg schmälert die Bereitschaft zur
822 Solidarität und Toleranz. Ausgegrenzte Menschen ziehen selber Grenzen. Eine
823 solche - vermeintliche - Verteidigung der eigenen Position nimmt auf die Würde des
824 Anderen im Zweifel wenig Rücksicht. **Es ist immer eine Herausforderung von**
825 **Demokratie, die Pluralität zu verteidigen. Sie kann dies nur, wenn soziale**
826 **Gerechtigkeit ihr gleichzeitiges Leitbild bleibt. Die Offenheit einer Gesell-**
827 **schaft ist auch Maßstab für die in ihr gelebte Demokratie.** Diese Offenheit
828 zeigt sich in der Teilhabe ihrer Mitglieder an den politischen Entscheidungen.
829 Teilhabe wird konkret durch Teilnahme und Mitwirkung. Der Blick auf die

830 kontinuierlich sinkende Wahlbeteiligung, die sinkende Bereitschaft, überhaupt
831 Mitglied einer Partei zu werden, und das sinkende Vertrauen in die
832 Lösungskompetenz von Politik belegt die Krise der Demokratie. Erstmals seit 1990
833 bezweifelt die Mehrheit der Ostdeutschen, dass die Demokratie die beste aller
834 Staatsideen sei. 40 Prozent der Sachsen-Anhalter halten die Auseinandersetzung
835 zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft für
836 schädlich gegenüber dem Gemeinwohl. Demokratie als Prozess von Aushandlung
837 wird in Frage gestellt, wenn eine „starke Hand“ Hoffnungsträger wird.

838

839

840 **Rechtsextremismus - eine Gefahr für die Demokratie**

841

842 **Die demokratische Gesellschaft wird in Frage gestellt, wenn Gerechtigkeit**
843 **nicht für alle gleichermaßen sondern nur für eine Gruppe von Menschen**
844 **gelten soll.** Die nationale Begründung von Menschenrechten ist ein Widerspruch in
845 sich. Schon deshalb sind rechtsextreme Parteien nicht demokratisch. Ihre alte und
846 neue politische Idee ist die völkische Gemeinschaft, deren innere Stärke durch
847 rabiate Grenzziehung nach außen hergestellt werden soll. Ein solches Programm,
848 der Nationalsozialismus hat es gezeigt, bedeutet in letzter Konsequenz immer die
849 Vernichtung des Anderen. **Rechtsextreme Einstellungen sind eine Gefahr für**
850 **das demokratische Gemeinwesen.** Sie sind es schon allein dadurch, dass sie den
851 Fakt der Pluralität einer Gesellschaft als Problem darstellen. Sie liefern Motive, um
852 Menschen zu bedrohen, zu demütigen oder gar zu töten.

853

854 Mit Blick auf die Entwicklung und Programm des gegenwärtigen Rechtsextremis-
855 mus wird eines deutlich: Er ist ein Problem der Mitte der Gesellschaft.

856 **Rechtsextreme Einstellungen finden sich in allen gesellschaftlichen**

857 **Schichten.** Sie sind die extreme Zuspitzung gesellschaftlich etablierter Werte.

858 Populistische Forderungen und Erklärungsmuster der extremen Rechten werden
859 auch von Politikern demokratischer Parteien geäußert. So versuchen konservative
860 Politiker immer wieder, sich mit sozialdemagogischen Verlautbarungen, besonders
861 auf Kosten sozial Schwacher und Migranten und zunehmend auch mit staatlicher
862 Law and Order Politik zu profilieren. Sie setzen dabei auf die Zustimmung großer
863 Teile der Bevölkerung. Politische Vorstöße wie die ausländerfeindliche Kampagne
864 im Zuge des Wahlkampfes in Hessen zielen weniger auf politische Meinungen als
865 auf das Ressentiment. Dadurch werden rassistische, rechtsextreme und damit auch
866 demokratiefeindliche Einstellungen mobilisiert. Erschwerend kommt hinzu, dass
867 rechtsextreme Parteien und Organisationen sehr gezielt in die bestehenden Lücken
868 sozialer Infrastruktur vorstoßen. Mancherorts sind sie fast die einzigen Träger
869 bürgernah erlebten Engagements. Zuletzt haben es die Kommunalwahlen in
870 Sachsen gezeigt: Besonders in ländlichen Gebieten spielt diese Verankerung eine
871 wesentliche Rolle. Wenn Neonazis die Einzigen sind, die sich für den Erhalt des
872 letzten Jugendklubs in der Gegend einsetzen, wenn sie es sind, die Kinderfeste und
873 Hartz-IV-Beratung organisieren, wenn sie die aktiven Träger kommunaler Vereine

874 und kommunalen Lebens sind, dann ist demokratische Gegenwehr kaum zu
875 erwarten. Dann sind Rechtsextreme für große Teile der Bevölkerung auch konkret
876 wählbar.

877

878 **Diejenigen, die sich mit dieser Situation nicht abfinden wollen, stehen oft-**
879 **mals allein. Sie sind damit potenzielle Opfer rechtsextremer Gewalt und**
880 **tatsächliche Opfer rechter Dominanz. Nichtrechte und alternative Jugend-**
881 **liche und Migranten sind davon in besonderem Maße betroffen und müssen**
882 **deshalb die Unterstützung und Solidarität aller Demokraten erfahren.**

883 Die Arbeit gesellschaftlicher Initiativen, unterstützt von fachlichen Beratungsstellen
884 und Netzwerken, ist eine wesentliche Säule des Kampfes gegen Rechtsextremis-
885 mus. Hier muss der Staat geeignete Rahmenbedingungen schaffen, die wirkungs-
886 volle Strukturen gesellschaftlicher Partizipation ermöglichen. Gerade dort, wo auf-
887 grund sozialer und sozialdemografischer Entwicklungen wenig oder kein vitales
888 politisch-demokratisches Leben mehr stattfindet, wo Menschen also von gesell-
889 schaftlicher Mitbestimmung und Partizipation ausgeschlossen sind, bedarf es
890 tragfähiger zivilgesellschaftlicher Mindeststrukturen. Wer Prävention und demokra-
891 tisches Engagement fordert, der muss es auch mit geeigneten Strukturen und nicht
892 zuletzt finanzieller Ausstattung fördern. Struktur- und Netzwerkbildung gegen
893 Rechts kann nur mit einem Konzept erfolgreich sein, dass auf langfristige und
894 stetige Arbeit vor Ort und in den Regionen abzielt und permanent wissenschaftlich
895 begleitet und evaluiert wird. Der Ausbau, die Verstetigung und die Qualifizierung
896 staatlicher Förderung auf Bundes- wie auf Landesebene sind dabei unabdingbar.

897 ▪ Für Sachsen-Anhalt haben wir in unserem Landesprogramm gegen
898 Rechtsextremismus dazu umfangreiche und tragfähige Vorschläge
899 erarbeitet.

900

901 **Wir haben in Deutschland eine besondere Verantwortung im Umgang mit**
902 **diesem Thema.** Das nationalsozialistische Deutschland ist ein Kernbereich histo-
903 rischer Forschung. Auch im Bereich der pädagogischen Forschung muss es zu
904 einem solchen werden. Politik hat hier verschiedene Einflussmöglichkeiten: Zum
905 einen muss sie die Rahmenbedingungen wissenschaftlicher und schulischer Arbeit
906 sichern. Zum anderen formulieren solche Entscheidungen gedenkpolitische Leit-
907 linien. Die Geschichte wird in ganz unterschiedlichem Interesse für die Zukunft
908 interpretiert.

909 ▪ DIE LINKE setzt sich für den Erhalt der dezentralen Erinnerungslandschaft,
910 sowohl bundesweit als auch in Sachsen-Anhalt, ein. Diese dokumentiert, wie
911 konkret und komplex Terror und Vernichtung vor Ort wirkten. Weiterhin
912 setzen wir uns für die institutionelle Trennung der Gedenkarbeit zur Ge-
913 schichte des Nationalsozialismus von der Aufarbeitung der DDR-Geschichte
914 ein. Dies ist der Unterschiedlichkeit des Untersuchungsgegenstandes
915 angemessen, aber vor allem der Spezifik der Opfer und der Motivlage der
916 Opferverbände.

917

918

919 **DIE LINKE als Bürgerrechtspartei**

920

921 **DIE LINKE versteht sich auch als Bürgerrechtspartei. Ohne demokratische**
922 **Prinzipien, die Orientierung auf Beteiligung vieler, verbunden mit dem**
923 **Interesse des Einzelnen, wäre eine Linke für uns nicht akzeptabel.** Gemeinsam
924 mit außerparlamentarischen Akteuren, Vereinen und Initiativen wollen wir die
925 Grundlage für eine erfolgreiche und lebendige Demokratie schaffen. Dazu gehört
926 auch und in zunehmendem Maße das Eintreten gegen die Einschränkung zentraler
927 bürgerlicher Rechte im Zuge eines vermeintlichen Kampfes gegen Extremismus und
928 Terrorismus. Deshalb gilt für uns auch im Kampf gegen Rechtsextremismus: Die
929 bestehenden repressiven Instrumente auf Bundes- und Landesebene sind gut und
930 müssen konsequente Anwendung finden. Ein weiterer Ausbau ist aber weder not-
931 wendig noch sinnvoll.

- 932 ▪ Eine Einschränkung des demokratischen Grundrechtes auf Versammlungs-
933 freiheit durch eine Verschärfung des Versammlungsgesetzes lehnen wir aus
934 grundsätzlichen Erwägungen ab, denn Demokratie darf sich nicht selbst
935 demonstrieren.

936

937 **Parallel zur Erosion des Sozialstaates schreitet der Abbau von Grund- und**
938 **Freiheitsrechten voran.** Mit den sogenannten Terrorismusbekämpfungsgesetzen
939 („Otto-Pakete“) hatte Rot-Grün begonnen, Bürgerrechte für eine trügerische Sicher-
940 heitspolitik zu opfern. Die Große Koalition setzt den Raubbau an den Freiheits-
941 rechten weiter fort. Die Einführung neuer Personalausweise, die biometrische Daten
942 speichern, führt entgegen der Suggestion zu weniger Sicherheit. Technische
943 Lösungen führen zu neuen technischen Problemen. Die Digitalisierung und damit
944 die weitreichende Erfassung von Personendaten zu Ermittlungszwecken sind
945 Wesensmerkmale der herrschenden Sicherheitspolitik. Sie führt in die falsche
946 Richtung. Wir setzen auf das Zurück zum Menschen. **Bürgerinnen und Bürger**
947 **sollen ihre Grundrechte ohne Einschränkungen wahrnehmen können. Dies ist**
948 **für uns unabdingbare Voraussetzung für öffentliche Sicherheit.**

- 949 ▪ Wir wollen eine bürgernahe, demokratisch strukturierte Polizei. Darum
950 setzen wir uns in Sachsen-Anhalt für ein Personalentwicklungskonzept ein,
951 das garantiert, dass Polizei vor Ort präsent ist.
- 952
- 953 ▪ Gleichzeitig wollen wir mehr demokratische Kontrolle staatlicher Instanzen
954 erreichen. Dem Untersuchungsausschuss zur Polizei in Sachsen-Anhalt
955 liegen eklatante Vorwürfe zu polizeilichem Fehlverhalten vor. Wir begrüßen
956 ausdrücklich das zurzeit in Sachsen-Anhalt diskutierte Instrument einer
957 Polizeibeswerdestelle. Diese muss aber bestimmte Kriterien erfüllen, um
958 dem Auftrag, fachliche Polizeiarbeit in transparenten Strukturen im Sinne
959 aller Bürgerinnen und Bürger zu befördern, gerecht zu werden. Ihre absolute
960 Unabhängigkeit muss garantiert, hauptamtliches Personal und finanzielle
961 Ausstattung gesichert sein. Viele Betroffene von polizeilichem Fehlverhalten

962 gehören Gruppen mit geringem sozialem Status an und verfügen über
963 geringe Beschwerdemacht. Die räumliche Trennung der Beschwerdestelle
964 von polizeilichen Einrichtungen erleichtert bzw. ermöglicht erst für viele
965 Betroffene, ihre Anliegen durchzusetzen. Grundvoraussetzung bleibt die lang
966 geforderte Kennzeichnungspflicht von Polizisten, um polizeiliches Fehlver-
967 halten den verantwortlichen Beamten zuordnen zu können.

968
969 DIE LINKE setzt sich im Verbund mit Wissenschaft und Bürgerinitiativen für eine
970 kritische Bewertung und Evaluation der verabschiedeten und diskutierten Sicher-
971 heitsmaßnahmen ein. Dabei gilt es eine Gesamtschau der innenpolitischen Maß-
972 nahmen der letzten Jahre vorzunehmen, um den Zusammenhang und die Auswir-
973 kungen des sogenannten „Kampfes gegen den internationalen Terrorismus“ greif-
974 bar und die Dimension des Abbaus von demokratischen Grund- und Freiheits-
975 rechten kenntlich zu machen. Innehalten, analysieren und bewerten statt aktionis-
976 tisch weitere Felder der Überwachung zu schaffen ist die richtige Devise. Unter dem
977 Versprechen, mehr Sicherheit zu schaffen, werden sonst Politik und Angst wechsel-
978 seitig zum Motor einer Aushöhlung demokratischer Grundwerte.

979
980 Wir wollen neben dem „Markenzeichen“ der LINKEN, der sozialen Gerechtigkeit, die
981 Frage der politischen Rechte, mithin der demokratischen Gesamtverfassung
982 unserer Gesellschaft, gleichberechtigt in die Politik von Partei und Fraktionen
983 einbringen. **Erst durch diese Verknüpfung wird unsere Kapitalismuskritik zu**
984 **einer linken.** Für uns sind soziale und politische Grundrechte zwei Seiten einer
985 Medaille. Nur wer sozial abgesichert ist und damit ein würdiges Leben bestreiten
986 kann, der ist auch in der Lage seine politischen Rechte intensiv wahrzunehmen.
987 Bestes Beispiel für diesen Zusammenhang ist die Hartz-IV-Gesetzgebung: Nicht nur,
988 dass Menschen damit in die Armut getrieben werden, nein, sie verlieren auch ihre
989 politischen Rechte. Das Ausforschen ihrer privaten Lebensführung durch die ARGEn
990 ist beredtes Beispiel hierfür.

991
992 **Der Dualismus „Freiheit und Gerechtigkeit“ hat für uns einen hohen Stellen-**
993 **wert.** Gerade die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte verpflichtet uns,
994 das eine Recht nicht anders zu gewichten als das andere. Die LINKE will sich an die
995 Spitze einer Diskussion stellen, die nicht weniger politische Partizipation, sondern
996 bedeutend mehr will. Der präventive Überwachungsstaat darf nicht Wirklichkeit
997 werden. Wir wollen die Kraft sein, die wie bei der sozialen Frage, auch den Zusam-
998 menhang von äußerer Militarisierung und innerer Aufrüstung deutlich macht. Denn
999 für die deutschen Kriegsbeteiligungen braucht die Große Koalition die Friedhofsruhe
1000 nach innen.

1001

1002

1003 **Toleranz und Pluralität – gleiche Rechte für alle!**

1004

1005 **Menschenrechte sind unteilbar.** Dennoch trennt das Grundgesetz zwischen
1006 Rechten von Bürgern und Menschen. Für Inhaber des deutschen Passes gelten
1007 mehr Rechte als für EU-Bürger und wiederum andere Rechte für die Menschen, die
1008 von außerhalb Europas hierher kommen. Migration und Wanderungsbewegungen
1009 sind historisch und aktuell fester Bestandteil der Zivilisation. Die Bundesrepublik ist
1010 bereits seit Jahrzehnten – beginnend mit den von Deutschland angeworbenen
1011 Arbeitsmigranten – ein Einwanderungsland. Doch erst seit wenigen Jahren wird über
1012 offizielle Konzepte der Integration gesprochen.

1013

1014 **Die angeblichen Zuwanderungskonzepte der EU sind in Wirklichkeit Maß-**
1015 **nahmepakete der Abschottung gegenüber der Mehrheit der Flüchtlinge.**

1016 Tausende von ihnen sterben jedes Jahr beim Versuch, die „Festung Europa“ zu
1017 erreichen. Es ist letztlich die Sehnsucht nach einem Leben, das die Inanspruch-
1018 nahme der verbrieften Menschenrechte erlauben würde, nach einem Leben in
1019 Würde und Selbstbestimmtheit. 15 Jahre ist es her, dass das Grundrecht auf Asyl in
1020 Deutschland durch seine Aushöhlung faktisch abgeschafft wurde. Menschen, die
1021 den gefährlichen Weg der Flucht bis in die Bundesrepublik schaffen, werden Son-
1022 dergesetzgebungen unterworfen, die ihren prekären Status zusätzlich verschärfen.
1023 Sie definieren Vergehen, die überhaupt nur Flüchtlinge begehen können.

1024 Für Asylsuchende gibt es weder das Recht auf Freizügigkeit noch uneingeschränk-
1025 ten Zugang zum Arbeitsmarkt. Politische Organisation und Partizipation von
1026 Flüchtlingen und Migranten werden dadurch entscheidend behindert.

1027 ▪ Die Abschaffung der Residenzpflicht ist längst überfällig, DIE LINKE fordert
1028 dies wie zahlreiche Organisationen und Initiativen.

1029 ▪ In der Verantwortung der Kommunen liegen Unterbringung und Versorgung
1030 der Asylsuchenden. DIE LINKE setzt sich für die dezentrale Unterbringung
1031 der Flüchtlinge ein, statt der oft unwürdigen Kasernierung in den sogenann-
1032 ten Sammelunterkünften.

1033

1034 Schätzungsweise über eine Million Menschen leben in Deutschland ohne Papiere
1035 und sind somit illegalisiert. Ihre Rechte auf Hilfe im Krankheitsfall und Bildung
1036 stehen formal fest. In der Realität verhindert jedoch die Verpflichtung öffentlicher
1037 Stellen wie Krankenhäusern und Schulen zur Meldung so genannter „Illegaler“ ihren
1038 Zugang. Nur die Rechtsüberschreitung von Ärzten, Lehrern und Pädagogen ermög-
1039 licht die Inanspruchnahme. Ebenso ist die Ausbeutung illegaler Arbeitnehmer ein
1040 Fakt, der sich auf ihrem mangelnden Rechtsstatus gründet.

1041 ▪ Wir fordern die Abschaffung der Meldepflicht für öffentliche Stellen und die
1042 Klagemöglichkeit bei vorenthaltenem Lohn. Wir müssen die Grundrechte
1043 dieser Menschen sichern, damit sie ohne Angst Schulen besuchen und zum
1044 Arzt gehen können. Menschenrechte sind nicht teilbar.

1045

1046

1047 **Gleichwertige Lebensverhältnisse –**

1048 **Die soziale Basis von Demokratie**

1049

1050 DIE LINKE ist eine Partei der Solidarität. Wir vertreten in Sachsen-Anhalt selbstver-
1051 ständlich auch die Perspektive der Bevölkerung der ostdeutschen Bundesländer.
1052 **Politik steht unverändert in der Pflicht, für gleichwertige Lebensverhältnisse**
1053 **in der gesamten Bundesrepublik Sorge zu tragen.** Dies wäre Merkmal einer
1054 gerechten sozialen Ordnung, die im Einklang mit einer sich selbst tragenden Wirt-
1055 schaft stehen muss. Dieser Ankerpunkte hat es auch in der westdeutschen Nach-
1056 kriegsgesellschaft bedurft, um zu einer breiten Akzeptanz des demokratischen
1057 Staatswesens zu gelangen. Man kann diese Kopplung der Zustimmung zur Demo-
1058 kratie an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und an die mehrheitliche Wohl-
1059 standsgarantie kritisieren. Der Zusammenhang bleibt dennoch wirkungsmächtig.

1060

1061 Seit Mitte der 1990er Jahre wurde viel über die Funktion der PDS gesprochen, weite
1062 Teile der ostdeutschen Bevölkerung in die Bundesrepublik politisch integriert zu
1063 haben. Das Reformpaket „Agenda 2010“ hat nicht nur Arbeitslosigkeit sondern
1064 auch viele Formen von Arbeit selbst, biografische Abschnitte wie Kindheit und
1065 Rente oder Krankheit zum Armutsfaktor gemacht. **In dieser Situation ist es die**
1066 **Funktion der LINKEN, die Interessen weiter Teile der Bevölkerung in West**
1067 **und Ost zu vertreten.**

1068

1069 Mit der Demontage der sozialen Sicherungssysteme hat sich nicht nur die Dimen-
1070 sion gesellschaftlicher Ungleichheit erweitert. Menschen werden nicht nur ins
1071 soziale Abseits gedrängt, sie werden auch per se des Missbrauches sozialer
1072 Leistungen verdächtigt. Ein gesellschaftliches Klima der Diskriminierung und
1073 Ausgrenzung wird erzeugt. Hartz IV hinterlässt Menschen, die in höchstem Maße
1074 von politisch-administrativer Entscheidung betroffen sind und die gleichzeitig als
1075 Bürger diesen Entscheidungen ohnmächtig gegenüberstehen. Ihre Lebensführung
1076 ist in alle Bereiche hinein beeinflusst und beschränkt. **Die Teilnahme am sozialen**
1077 **und kulturellen Leben aufrecht zu erhalten, ist nur noch zeitweise und unter**
1078 **großen Kraftanstrengungen möglich. Das ist nicht nur unsozial, es ist auch**
1079 **undemokratisch.**

1080

1081 Die Armutsberichte machen deutlich, was DIE LINKE seit Einführung der Hartz-
1082 Gesetze kritisiert: **Armut wird vererbt.** In Bereichen, die eigentlich für alle Bürger
1083 elementar sind, kann man beobachten, wie aus der finanziellen Benachteiligung
1084 eine soziokulturelle wird. Bildung, Gesundheit, Wohnen, Verkehr - die Teilhabe
1085 bereits an solch wichtigen Teilsystemen unterscheidet sich erheblich. Kinder armer
1086 Familien werden in Sachsen-Anhalt bereits im Kindergartenalter um einen Großteil
1087 ihrer Bildungschancen gebracht. Die Reglementierung des Betreuungsanspruches
1088 für Kinder arbeitsloser Eltern schließt sie von Angeboten zur frühkindlichen Bildung
1089 aus. Diese frühe Ausgrenzung hat nachhaltige Folgen, nicht nur auf den gesamten
1090 späteren Bildungsverlauf. **Die Erfahrung von Ausgrenzung untergräbt die**
1091 **Bedingung der Demokratie – die gleichberechtigte Teilhabe aller.** Dann
1092 verlieren auch pädagogische Bemühungen und kulturelles Demokratie-Lernen ihre

1093 Glaubwürdigkeit. Denn für eine wachsende Zahl von Menschen gibt es keine posi-
1094 tiven Erfahrungen eines demokratischen Alltags. Wenn Bürgerinnen und Bürger
1095 aber von der Politik zu Objekten gemacht werden, braucht man nicht mehr nach
1096 deren aktiver Teilhabe am Politischen oder gar am Demokratischen zu fragen. **Die**
1097 **Volkssouveränität braucht souveräne Menschen.**

- 1098 ▪ Eine gerechtere und demokratische wie kulturelle Teilhabe ermöglichende
1099 Sozialpolitik ist nur in begrenztem Maße landespolitisch umsetzbar. Darum
1100 bleiben unsere Forderungen nach einer sozialen Ausgestaltung der Europä-
1101 ischen Union und der verbindlichen Formulierung sozialer Mindeststandards
1102 in diesem Rahmen aktuell. Zugleich ist eine Kurskorrektur auf Bundesebene
1103 dringend geboten. Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen
1104 Mindestlohnes von 8 Euro pro Stunde, die spürbare Anhebung der Regel-
1105 sätze, die Schaffung einer armutsfesten Kindergrundsicherung von 420 Euro
1106 oder die Verankerung einer Mindestabsicherung im Alter von 800 Euro im
1107 Zuge einer Reform des Rentensystems hin zu einer Erwerbstätigenver-
1108 sicherung wären erste wichtige Schritte.
- 1109
- 1110 ▪ Aber auch in Land und Kommune existieren Handlungsspielräume, die wir als
1111 LINKE im Sinne der Betroffenen ausschöpfen wollen. Mit der Einführung
1112 kommunaler Familienpässe könnten Eltern mit ihren Kindern Wege zur Teil-
1113 habe am sozialen und kulturellen Leben neu eröffnet werden. Mit einer kom-
1114 munalen Sozialpauschale wollen wir die vielfältigen Mittel für Beratungsange-
1115 bote bündeln und in die eigene Verantwortung der Kommunen geben.
- 1116
- 1117 ▪ Von Armut sind vor allem auch Kinder in einem erschreckenden Ausmaß in
1118 Sachsen-Anhalt berührt. Land und Kommunen müssen jede Möglichkeit in
1119 dem ihnen zur Verfügung stehenden Rahmen nutzen, die Folgen der verfehl-
1120 ten Sozialpolitik des Bundes abzufedern. Wenn für viele Kinder und Jugend-
1121 liche die Frage nach dem Besuch des Gymnasiums an den Kosten der
1122 Schülerbeförderung in der Sekundarstufe II scheitert, ist dies nicht hinnehm-
1123 bar. DIE LINKE bleibt daher auch bei ihrer bereits im Jahr 2006 eingebrach-
1124 ten Forderung nach einer Kostenbefreiung für diese Schülerinnen und
1125 Schüler. Zudem arbeiten wir an einem Modell, dass ein Angebot eines
1126 warmen Mittagessens an allen Kindertagesstätten und Grundschulen sichert
1127 und auch Kindern einkommensschwacher Familien eine Teilnahme daran
1128 ermöglicht.

1129

1130

1131 **Demokratie bilden!**

1132

1133 **Demokratie lebt von aktiver Beteiligung oder sie wird zu staatlichem Verwal-**
1134 **tungshandeln reduziert, dem sich Bürgerinnen und Bürger ausgeliefert**
1135 **sehen.** Partizipation jedoch baut auf Selbstbestimmung, die nicht voraussetzungs-
1136 los möglich ist. Untrennbar damit verbunden ist der diskriminierungsfreie Zugang

1137 für alle zu Bildungsangeboten in hoher Qualität, und das nicht nur in der Schule
1138 sondern ein Leben lang. Politik muss sich dieser Herausforderung stellen, nicht
1139 zuletzt auch weil Bildungsgrad und sozialer Ausgleich in einem engen Zusammen-
1140 hang stehen.

1141

1142 **So wie es für den Bildungserfolg jeder und jedes Einzelnen eben auf den**
1143 **Anfang ankommt, können Kindertagesstätten und Schulen auch frühe**
1144 **Wegmarken bei der Entwicklung wirklicher Beteiligung, gelebter Toleranz**
1145 **und Demokratie sein.** DIE LINKE plädiert für die Stärkung bzw. den Ausbau eines
1146 integrativen und alle, ihren Begabungen und Fähigkeiten entsprechend, fördernden
1147 Bildungssystems. Das Erfahrbarmachen von Vielfältigkeit und Unterschiedlichkeit
1148 sowie der produktive Umgang damit können Bausteine sein, um wachsender
1149 Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz entgegenzuwirken.

1150 ▪ Darum bleiben die Wiederherstellung des Rechtsanspruches auf ganztägige
1151 frühkindliche Bildung und Betreuung sowie der Übergang vom gegliederten
1152 Schulsystem zu einer Schule für alle Kinder zentrale Forderungen der
1153 LINKEN in Sachsen-Anhalt.

1154

1155 ▪ DIE LINKE setzt sich für einen weiteren Ausbau der demokratischen Mitbe-
1156 stimmungsmöglichkeiten an den Schulen und Hochschulen ein – nicht nur
1157 weil Bildung nicht alleinige Aufgabe der Lehrenden ist, sondern auch weil das
1158 Erleben gleichberechtigter Mitbestimmung aller Gruppen und ihr Wirkungs-
1159 grad bereits bei Kindern und Jugendlichen prägend sein können für die
1160 Akzeptanz demokratischer Strukturen insgesamt und ein späteres gesell-
1161 schaftliches Engagement.

1162

1163 Hochschulen sollen nicht allein Möglichkeiten für den Erwerb eines berufsquali-
1164 fizierenden Abschlusses oder Raum für Forschung und Entwicklung bieten, wenn-
1165 gleich beide notwendige und berechtigte Zielstellungen sind. Sie müssen auch Ort
1166 kritischer Politikbegleitung und Gesellschaftsanalyse sein und bleiben.

1167 ▪ Darum wendet sich DIE LINKE auch gegen den allgemeinen Trend, Hoch-
1168 schulen zu reinen Ausbildungsstätten umzuwandeln und sie wie viele andere
1169 Bereiche einem wachsenden Privatisierungsdruck zu unterwerfen.

1170

1171 **Bildung endet nicht mit dem Schul- oder Berufsabschluss.** Wer Bildung für
1172 einen wichtigen Faktor für Demokratieakzeptanz und Bürgerbeteiligung hält, muss
1173 darum auch dem Bereich der Erwachsenenbildung hohe Aufmerksamkeit widmen.
1174 DIE LINKE zählt dazu jedoch nicht allein die berufliche und berufsbezogene Weiter-
1175 bildung, sondern eben auch die allgemeine, politische, kulturelle Weiterbildung und
1176 Qualifizierung für gesellschaftliches Engagement.

1177

1178

1179 **Demokratie setzt Vielfalt der Informationen voraus!**

1180

1181 **Soll die reale Beteiligung an Diskussions- und Entscheidungsprozessen nicht**
1182 **nur ein Privileg weniger sein und aus der „Informationsgesellschaft“ auch**
1183 **eine „informierte Gesellschaft“ werden, bedarf es eines freien Zuganges zu**
1184 **Information und Kommunikation.** Die fortschreitende Digitalisierung, das ver-
1185 stärkte Engagement großer Finanzinvestoren, die Internationalisierung der Medien-
1186 branche und ein wachsender Rentabilitätsdruck in den Unternehmen erfordern eine
1187 angemessene Reaktion der Politik, um diesen Ansprüchen zukünftig mehr als bisher
1188 zu folgen.

1189
1190 Eine zentrale Rolle bei der Sicherung von Chancengleichheit und Partizipation kann
1191 und muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk spielen.

1192 ▪ DIE LINKE setzt sich für seinen Erhalt ein und plädiert dafür, ihm die mit der
1193 Digitalisierung verbundenen Möglichkeiten nicht zu verbauen. Dabei muss
1194 jedoch gewährleistet werden, dass die Gebühren zum Empfang des
1195 öffentlich-rechtlichen Rundfunks für alle finanzierbar bleiben.

1196
1197 Darüber hinaus können die Anstalten ihrer Rolle weitaus gerechter werden, wenn
1198 auch sie selbst ihre Beteiligungsinstrumente qualifizieren, etwa durch die Stärkung
1199 der Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger und das Zurückdrängen des
1200 parteipolitischen Gewichts.

1201 ▪ Dies ist nicht allein von den Rundfunkveranstaltern zu leisten, sondern
1202 bedarf einer politischen Begleitung bzw. einer Veränderung der staatsver-
1203 traglichen Regelungen.

1204
1205 Um den diskriminierungsfreien Zugang zu den digitalen Informations- und Kommu-
1206 nikationsmitteln zu gewährleisten, ist ein schneller Ausbau des Internetzugangs
1207 über Breitbandversorgung unabdingbar. Dabei sind alternative Technologien auf
1208 ihre Anwendbarkeit zu überprüfen. DIE LINKE hält es für nicht akzeptabel, dass sich
1209 die Versorgung bisher zu oft auf die Ballungsgebiete konzentriert.

1210
1211 **Selbstbestimmtes Agieren innerhalb der immer vielgestaltiger werdenden**
1212 **Medienlandschaft ist eine zentrale Bedingung für demokratische Teilhabe.** In
1213 Sachsen-Anhalt hat auf der Basis landesgesetzlicher Regelungen die Förderung der
1214 Bürgermedien und der Medienkompetenz bereits einen hohen Stellenwert. Die
1215 Medienanstalt Sachsen-Anhalt leistet hier wertvolle Arbeit, dies es zu unterstützen
1216 und auszubauen gilt.

1217
1218 **Transparenz und Chancengleichheit erfordern Vielfalt** – sowohl im Printbereich
1219 als auch in den elektronischen Medien. Gerade der Einfluss der Medien auf den
1220 öffentlichen Diskurs und damit auch politische Entscheidungsprozesse erzwingen
1221 eine wirksame Konzentrationskontrolle. Dort wo kartellrechtliche Regelungen kaum
1222 greifen, wirkt eine Demokratisierung von innen, so durch eine stärkere Autonomie
1223 der Redaktionen, oder eine Neujustierung des Auftrages der Rundfunkveranstalter

1224 nachhaltiger. DIE LINKE setzt sich für eine Anpassung der mediengesetzlichen
1225 Grundlagen in diesem Sinne ein.

1226

1227 **Demokratisierung der Wirtschaft**

1228

1229 **Die wachsende Dominanz eines nahezu ausschließlich durch den Finanz-**
1230 **markt getriebenen Kapitalismus erfordert mehr denn je eine gesellschaft-**

1231 **liche Korrektur.** Global agierende, durch permanente Konzentrationsprozesse
1232 immer mächtiger werdende private Unternehmen zerstören zunehmend das markt-
1233 wirtschaftliche Gesamtgefüge. Diese wirtschaftliche Macht verschärft den Gegen-
1234 satz zwischen demokratischem Überbau in Form einer repräsentativen Demokratie
1235 und der autokratisch geführten Wirtschaft als gesellschaftlicher Basis.

1236 Reformbestrebungen, die sich allein auf diesen Überbau konzentrieren, sind kaum
1237 noch in der Lage, diese Verwerfungen zu korrigieren, ebenso wenig wie eine Politik,
1238 die allein auf eine Lenkung auf makroökonomischer Ebene, wie beispielsweise
1239 durch Steuern, Abgaben oder das Kartellrecht, setzt.

1240

1241 Hinzu kommt eine Verschärfung der Ungleichheit von Einkommen und Vermögen.
1242 Über die Hälfte des gesamten Vermögens ist auf weniger als acht Prozent aller
1243 privaten Haushalte konzentriert, beim Produktivvermögen klafft die Schere noch
1244 weiter auseinander. Mit der Verfügung über diese Vermögen wird eine Macht
1245 ausgeübt, die weit über den Bereich der Wirtschaft hinausgeht. Die globale Organi-
1246 sation der Wirtschaft erschwert zudem zunehmend den Widerstand gegen Lohn-
1247 dumping, Kapitalflucht und andere Fehlentwicklungen, da Mitbestimmung auf dem
1248 heutigen Niveau eben nur bis zum Werkszaun reicht, Entscheidungen aber auf ganz
1249 anderen Ebenen getroffen werden.

1250

1251 **Die alleinige Orientierung der Unternehmen auf kurzfristige Gewinne im**
1252 **Interesse der Aktionäre macht Arbeit und Arbeitende zu reinen Kosten-**
1253 **faktoren.** Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, Forderungen der Wirtschaft nach
1254 weiterer Aushöhlung der Rechte von Arbeitenden und die Zunahme unregelter
1255 prekärer Arbeitsverhältnisse erhöhen den Druck auf die Beschäftigten. Sichtbar
1256 wird das besonders im Bereich der Tarifpolitik, die mit dem Hinweis auf Sicherung
1257 von Beschäftigung in den letzten Jahren zu einer massiven Umverteilung von unten
1258 nach oben beigetragen hat. **Es wird deutlich, dass die historische Sozialpart-**
1259 **nerschaft der alten Bundesrepublik endgültig in Frage gestellt ist.**

1260

- DIE LINKE setzt sich für die Erneuerung dieser Partnerschaft ein und macht

1261

- Vorschläge dafür, wie diese unter den veränderten globalen Rahmenbe-

1262

- dingungen tragfähig gestaltet werden kann.

1263

1264 Das Kapital allein schafft weder Werte noch Profit, das geschieht erst durch die
1265 Arbeit. Daher ist es einerseits auf einzelwirtschaftlicher Ebene mehr als legitim, die
1266 bisherigen Elemente von Mitbestimmung, die sich nahezu ausschließlich auf den
1267 Bereich personeller, sozialer und arbeitsorganisatorischer Fragen beziehen, um eine

1268 betriebliche und unternehmerische Mitbestimmung zu erweitern. Andererseits ist
1269 erst durch eine aktive Teilhabe am Überschussprodukt (durch Gewinn- oder Kapital-
1270 beteiligung) eine Umverteilung des Produktivvermögens und damit die Kontrolle
1271 wirtschaftlicher Macht möglich.

1272 ▪ DIE LINKE setzt daher auf diesen doppelten Anspruch von Teilhabe.

1273

1274 Demokratische Partizipation und Kontrolle wirtschaftlicher Macht können nur dann
1275 zu einer wirklichen Demokratisierung der unternehmerischen Entscheidungsbildung
1276 in einem gesamtwirtschaftlich und gesamtgesellschaftlich vernünftigen Sinne
1277 führen, wenn diese an einen bestimmten volkswirtschaftlichen und ökologischen
1278 Rahmen gebunden ist. **Merkmal einer stabilen, umweltgerechten, an den**
1279 **Bedürfnissen der Konsumenten und der Gesellschaft orientierten Volks-**
1280 **wirtschaft ist daher eine volkswirtschaftliche Rahmensetzung, die eine**
1281 **ökologisch und sozial ausgewogene Steuerpolitik, eine an den Bedürfnissen**
1282 **aller Betroffenen orientierten Investitionslenkung und eine neue Qualität der**
1283 **Arbeitsmarkt- und Arbeitszeitpolitik umfasst.** Investitionspolitik darf nicht
1284 einseitig auf quantitative Wachstumsplanung gerichtet sein, sondern muss gleich-
1285 sam inhaltlich durch Bereiche wie alternative Energie, umweltverträgliche Produk-
1286 tion und Daseinsvorsorge bestimmt werden.

1287

1288 Die demokratische Kontrolle der Wirtschaft soll das immanente Interesse an preis-
1289 werten Produkten und Dienstleistungen mit ökonomischen Kriterien zusammenzu-
1290 bringen. Daraus definiert sich ein neuer Maßstab betriebswirtschaftlicher Effizienz,
1291 in den neben der Rentabilität auch der soziale Nutzen und die ökologischen Folgen
1292 einbezogen werden. Sie setzt auf die Notwendigkeit des Funktionierens eines so
1293 kontrollierten Marktes und der Verbindung einer kapitalistischen Marktsteuerung
1294 (Steuern, Abgaben, Kartellrecht ...) und der demokratischen Steuerung grundlegen-
1295 der ökonomischer, ökologischer und sozialer Rahmendaten.

1296

1297 **DIE LINKE setzt auf eine sozialstaatliche Transformation auf der Basis einer**
1298 **zuerst am Gemeinwohl orientierten Wirtschaft.** Dabei negieren wir nicht, dass
1299 unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen wichtige Voraussetzungen für
1300 Innovation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind. Zentrale Frage ist dabei die
1301 des Eigentums an Produktionsmitteln im weitesten Sinne. Programmatische Vor-
1302 stellungen der PDS setzten aus der historischen und politischen Erfahrung auf eine
1303 Vielfalt an Eigentumsformen im Rahmen einer demokratischen Kontrolle. DIE LINKE
1304 ist gut beraten, diese Vorstellungen produktiv aufzugreifen und nicht zu Konzepten
1305 zurückzukehren, die letzten Endes auf Enteignung und vollständigen Eingriff in die
1306 Wirtschaft zielen. Die staatliche Reorganisation der Wirtschaft löst zudem nicht das
1307 Problem der Anonymität des Eigentums und des damit fehlenden Eigentümerbe-
1308 wusstseins der Betroffenen. Linke Ansätze für eine Wirtschaftsdemokratie beruhen
1309 auf einem Nebeneinander der Entwicklung genossenschaftlicher, öffentlicher und
1310 gemeinwirtschaftlicher Unternehmensformen und deren Stärkung gegenüber dem
1311 privatwirtschaftlichen Sektor. Vor allem im Bereich der Daseinsvorsorge ist es

1312 notwendig und möglich, lenkende Eingriffe im Interesse des Gemeinwohls
1313 vorzunehmen.

- 1314 ▪ So ist die Forderung der LINKEN nach der demokratischen Kontrolle der
1315 Netze zur Energieversorgung und im Schienenverkehr mehr als berechtigt,
1316 sie sollte durchaus auch auf die Kommunikationsnetze ausgeweitet werden.

1317

1318 **Die Daseinsvorsorge darf nicht zuerst dem Kriterium der wirtschaftlichen**
1319 **Rentabilität unterworfen werden.** Sie kann sich diesem aber auch nicht
1320 vollständig verschließen. Daher wird DIE LINKE den Kampf gegen wachsende
1321 Privatisierungstendenzen in diesem Bereich verbinden mit einer substanzuell
1322 begründeten Bestimmung der Säulen und der Aufgaben der Daseinsvorsorge und
1323 ihrer Realisierung unter Berücksichtigung der programmatisch gewollten Vielfalt
1324 von Eigentumsformen und ihrer demokratischen Kontrolle.

1325

1326 **Menschen sehen die Welt durch die Brille ihres Arbeitsplatzes. Hier entschei-**
1327 **det sich für viele die Möglichkeit der sozial bestimmten Teilhabe am gesell-**
1328 **schaftlichen Leben und damit auch an gelebter Demokratie.** Eine hohe Arbeits-
1329 losigkeit verschärft den Druck auf die Arbeitsbedingungen genau so wie auf die Ent-
1330 lohnung. Die alleinige Orientierung auf Wettbewerb und Markt fördert Lohndumping
1331 und eine zunehmende Inhumanisierung der Arbeitswelt.

- 1332 ▪ DIE LINKE hat mit ihrer Forderung nach einem allgemein verbindlichen
1333 gesetzlichen Mindestlohn ein Gegenkonzept auf den Weg gebracht, das von
1334 anderen halbherzig übernommen, aber nicht umgesetzt wurde. Sie ist und
1335 bleibt ein wichtiges Markenzeichen der strategisch-programmatischen
1336 Ansätze der LINKEN für eine andere Wirtschaftspolitik.

1337

1338

1339 **Mehr Demokratie: lokal und international!**

1340

1341 **Eine lebendige Demokratie ist vor Ort präsent oder sie verfehlt ihr tragendes**
1342 **Element – die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen**
1343 **und politischen Entscheidungen.**

1344 Durch die zunehmenden Internationalisierungsprozesse jedoch sind Strukturen
1345 demokratischer Beteiligung unter Legitimationsdruck geraten oder zeigen sich
1346 zunehmend wirkungslos. Entscheidungen in Politik und Wirtschaft werden immer
1347 häufiger von Gremien oder Institutionen getroffen, denen es an demokratischer
1348 Legitimation fehlt und die sich dem unmittelbaren Einfluss der Verantwortlichen vor
1349 Ort entziehen. Daraus erwächst vielfach ein Ohnmachtsgefühl politischer Entschei-
1350 dungsträger, das sich wiederum auf die Bürgerinnen und Bürger überträgt – ihr
1351 Vertrauen in die politische Handlungskompetenz ihrer gewählten Vertreter schwin-
1352 det oder aber sie halten eine Einflussnahme generell für unmöglich.

- 1353 ▪ DIE LINKE tritt dafür ein, diese Entwicklung umzukehren und ruft alle
1354 Beteiligten auf, gemeinsam für eine Erneuerung und damit eine Stärkung
1355 demokratischer Teilhabe und Mitbestimmung auf allen Ebenen zu streiten.

1356 Dieser Prozess wird nur gelingen in einem Dialog aller politischen und
1357 zivilgesellschaftlichen Akteure. Die Alternative wäre ein Zurück zu
1358 autoritären oder paternalistischen Strukturen.

1359

1360 Für uns besteht Handlungsbedarf gleichzeitig auf mehreren Ebenen. **Es gilt zum**
1361 **einen, demokratische Strukturen auf europäischer und internationaler Ebene**
1362 **zu stärken und auszubauen.** Europäische Politik darf nicht länger allein Angele-
1363 genheit von Diplomaten oder der Ministerialbürokratie sein. Sie muss Angelegen-
1364 heit der Bürgerinnen und Bürger Europas werden. Die Geschichte des Europäischen
1365 Verfassungsvertrages und seines Ratifizierungsverfahrens ist ein beredter Beleg,
1366 wie Gestaltungsprozesse über die Köpfe der Menschen hinweg langfristig zum
1367 Scheitern verurteilt sind. Da es für den europäischen Integrationsprozess jedoch
1368 unabdingbar ist, eine gemeinsame und für alle verbindliche Basis zu finden, die die
1369 Ziele der Europäischen Union an den Werten Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat-
1370 lichkeit, sozialer Gerechtigkeit und Frieden orientiert, muss ein Ausweg aus dem
1371 verfehlten Ratifizierungsverfahren gesucht werden. Auch und vor allem hier sagen
1372 wir sehr deutlich: nicht hinter verschlossenen Türen sondern im Lichte und unter
1373 Beteiligung der demokratischen Öffentlichkeit.

1374 ▪ Am Ende dieses Weges kann es nur eine Legitimation durch die Bürgerinnen
1375 und Bürger unmittelbar, also durch Plebiszite geben.

1376

1377 **Zum anderen bleibt auch und gerade bei wachsender Internationalisierung**
1378 **die Politik innerhalb der einzelnen Länder und Regionen ein wichtiger Faktor.**
1379 **Die Auswirkungen der Globalisierung – positiv wie negativ – werden für die**
1380 **Menschen schließlich dort spürbar, wo sie leben und sich gesellschaftlich**
1381 **engagieren. Darum ist es von entscheidender Bedeutung, auch hier einen**
1382 **Demokratisierungsschub zu erreichen.** Für DIE LINKE steht daher im Zentrum
1383 eine Strategie, deren Ziel die demokratisch legitimierte Selbstbestimmung des
1384 örtlichen Gemeinwesens ist. Dafür ist es notwendig, die lokalen bzw. kommunalen
1385 Strukturen nicht weiter ihrer Handlungsmöglichkeiten, etwa durch der marktlibe-
1386 ralen Ideologie folgende Privatisierungen öffentlicher Güter oder strukturelle Unter-
1387 finanzierung der kommunalen Gebietskörperschaften, zu berauben. Globalisierung
1388 und internationale Verflechtung heißt nicht Aufgabe lokaler Verantwortlichkeit oder
1389 Beteiligung – im Gegenteil.

1390 ▪ DIE LINKE tritt für eine Stärkung der kommunalen Spielräume – funktional
1391 wie haushalterisch – ein.

1392

1393 Zugleich muss es Ziel einer an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger
1394 orientierten Politik sein, die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge in der
1395 Verfügung demokratisch legitimierter Strukturen zu halten und langfristig zu
1396 sichern.

1397 ▪ DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hat mit ihrem Beschluss über das Leitbild zur
1398 räumlichen Gliederung der öffentlichen Daseinsvorsorge einen wichtigen

1399 Beitrag für die gesellschaftliche Debatte geleistet und wird die Diskussion
1400 darüber fortsetzen.

1401 ■ Ebenso bekräftigen wir unsere Forderung nach einer Qualifizierung des
1402 Ortschaftsrechts und sehen weiterhin in der Einführung von Bürgerhaus-
1403 halten eine Chance, Bürgerschaft zu stärken und Beteiligungsrechte
1404 auszubauen.

1405

1406 **Dezentrale Ansätze der Gestaltung und Umsetzung von Politik bergen**

1407 **zentrale Vorteile:** sie sind meist transparenter, bieten mehr partizipatorische
1408 Anknüpfungspunkte und sind näher an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und
1409 Bürger und den konkreten Problemlagen vor Ort.

1410

1411

1412 **Ausbau statt Abbau der Demokratie**

1413

1414 Keiner gesellschaftlichen Gruppe und keinem besonderen Interesse soll die Teil-
1415 nahme am politischen Prozess verweigert werden. Doch die Wirklichkeit sieht
1416 anders aus. Es existieren zahlreiche sozioökonomisch vermittelte Hindernisse der
1417 Beteiligung an politischer Entscheidungsmacht, am Zugang zu Bildung und Kultur.
1418 Als LINKE sehen wir innerhalb der Demokratie somit vor allem unsere Aufgabe
1419 darin, diese zu demokratisieren. Auch damit vertreten wir besonders die Interessen
1420 sozial Schwächerer.

1421

1422 **Der Verteidigung demokratischer Prinzipien kommt in einer Zeit des Abbaus**
1423 **der politischen und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten hohe Priorität**
1424 **zu. Diesem Abbau setzt DIE LINKE ihre Vorschläge für einen Ausbau der**
1425 **Demokratie entgegen und sucht den breiten Dialog darüber mit allen, die**
1426 **sich einer Demokratisierung unseres Gemeinwesens ebenso verschrieben**
1427 **haben.**

1428

1429

1430

1431

1432

1433

1434

1435

1436

1437

1438

1439

1440

1441

1442

1443

1444

1445

1446 DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

19. Juli 2008

1447 Landesvorstand

1448 Landesarbeitsausschuss Parteireform

1449

1450

1451

1452 Antrag an die 2. Tagung des 1. Landesparteitages

1453 der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

1454

1455

1456

Die LINKE in Sachsen-Anhalt

1457

1458 **Konzept für eine politisch handlungsfähige und finanzierbare**

1459

Struktur bis 2013

1460

1461

1462

1463

1464

1. Vorbemerkungen

1466

1467 Mit dem Beschluss der 1. Tagung des 9. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt

1468 am 18. und 19. Juni 2005 in Wittenberg haben wir erstmals ein Konzept für die

1469 mittelfristige Entwicklung des Landesverbandes vorgelegt. Grundsätzlich ist vieles

1470 davon heute noch aktuell. Der Prozess der Partieneubildung und reale

1471 Entwicklungen im Landesverband erfordern aber Präzisierungen und Korrekturen.

1472

1473

2. Mitgliederentwicklung

1475

1476 Per 31.12.2007 sind 5.760 zahlende Mitglieder registriert. Mit dem Status Mitglied

1477 sind jedoch 6.286 erfasst. Der Frauenanteil beträgt dabei 46 %. Damit liegen wir

1478 noch deutlich über der Prognose aus dem Jahr 2004, aber nicht als Folge eines

1479 hohen Zulaufs, sondern eines weiteren Anwachsens des Altersdurchschnitts im

1480 Landesverband.

1481

1482 88 neue Mitglieder haben seit dem 01.01.2008 den Weg in die Partei gefunden,

1483 darunter nur 26 Frauen (29,5 %). Die „Neuen“ vertreten alle Altersgruppen, d.h. sie

1484 befinden sich im Alter von 14 bis 80 Jahren, ca. 50 % sind erwerbslos. Die Spanne

1485 der monatlichen Beiträge liegt zwischen 1,50 € und 50 €. Insbesondere in

1486 Wahlkämpfen finden immer wieder Interessenten zu uns, die es zu binden und

1487 langfristig zu halten gilt. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass durch
1488 ungenügende Vorbereitung mindestens 20 Interessierte aus unterschiedlichen
1489 Gründen nicht erreicht wurden.

1490 Bewährt hat sich die konkrete Verantwortlichkeit im Land und in den Kreisen und
1491 die damit verbundene projektbezogene Arbeit mit den „Neuen“. Selbstkritisch
1492 müssen wir aber einschätzen, dass die insbesondere in den Jahren nach 2002
1493 entwickelten Ansätze für neue Organisationsformen unterentwickelt sind. Nach wir
1494 vor beharren viele von uns auf dem alleinigen Modell der Basisorganisationen.
1495 Einerseits gibt es sie nicht mehr flächendeckend, andererseits können sie nicht alle
1496 inhaltlichen Aufgaben der Partei wegtragen. Dadurch verlieren wir nicht nur in der
1497 Fläche, sondern auch an Ausstrahlung und Kompetenz. Um dem entgegenzu-
1498 wirken, müssen wir andere Formen der Organisation von Mitgliedern gleich-
1499 berechtigt ausbauen. Eine interessenbezogene Mitgliedschaft bietet auch
1500 denjenigen, die sich aus unterschiedlichen Gründen in den Basisorganisationen
1501 kaum betätigen können, mehr Möglichkeiten einer effektiven Teilhabe am
1502 Parteilieben.

1503
1504 Problematisch ist der Trend der Neueintritte in zweierlei Hinsicht. Zum ersten ist
1505 der Schwerpunkt bei Erwerbslosen ein Indiz dafür, dass wir mit unserer Ansprache
1506 in diesem Bereich auf besondere Resonanz stoßen. Eine starke Linke darf aber auch
1507 die anderen Gruppen der Gesellschaft nicht vernachlässigen um deren Potenzial für
1508 die Partei zu erschließen. Gelingt uns das nicht, schwindet die Kompetenz in einer
1509 Reihe von programmatischen und gesellschaftlichen Fragen.

1510
1511 Zum zweiten ist die niedrige Frauenquote Ausweis dafür, dass wir hinsichtlich der
1512 inhaltlichen und kulturellen Ausstrahlung für Frauen offenbar wenig attraktiv sind,
1513 zumal die Mehrheit der Neueintritte bei Frauen nicht aus dem Bereich der Erwerbs-
1514 losen kommt. Die Antwort darauf kann nicht die Entwicklung einer weiblichen
1515 Parallelstruktur (Frauenbildung, Unternehmerinnenstammtische usw.) sein, sondern
1516 die Entwicklung der Teilhabe von Frauen an programmatischer und inhaltlicher
1517 Arbeit bis hin zu verstärkter Arbeit mit Frauen bei kommunalen Kandidaturen.
1518 Keinesfalls können wir die Quotierung in Frage stellen. Sie ist nicht das Allheilmittel,
1519 aber ohne sie fehlt der Druck auf die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten von
1520 Frauen im politischen Alltag.

1521
1522 Wir sind und bleiben Volkspartei. Unser Angebot muss sich an alle richten, die sich
1523 mit dem neoliberalen Umbau der Gesellschaft nicht abfinden wollen und bereit sind,
1524 sich an der Entwicklung demokratischer Alternativen und deren Umsetzung zu
1525 beteiligen. Dazu müssen wir uns öffentlich bei Veranstaltungen und in Kampagnen,
1526 aber auch im ersten Bild für Interessierte und „Neue“ als eine moderne Partei mit
1527 einer programmatischen Ausstrahlung und einer Diskussions- und Arbeitskultur
1528 präsentieren, die werbend und anziehend ist.

1529
1530

1531 **3. Personalentwicklung**

1532

1533 Die knapper werdenden personellen Ressourcen stellen höhere Anforderungen an
1534 die Personalentwicklung im Landesverband. Wir müssen hauptamtliches Personal
1535 qualifizieren, das Ehrenamt weiterentwickeln, aber eben auch KandidatInnen für die
1536 parlamentarischen Vertretungen auf allen Ebenen werben und qualifizieren. Eine
1537 mittel- und langfristige Personalarbeit muss zum Standard im Landesverband
1538 werden.

1539

1540 **Personalplanung auf allen Ebenen**

1541

1542 Über Jahre wird in der Gesamtpartei und auch in Sachsen-Anhalt beklagt und fest-
1543 gestellt, dass für bestimmte Funktionen es immer schwieriger wird, geeignetes
1544 Personal zu finden. Durch die zunehmende Akzeptanz der Partei DIE LINKE werden
1545 zukünftig auch mehr Personen gefragt sein, die in der Lage sind, bei herausge-
1546 hobenen Personenwahlen eine glaubhafte Alternative zu sein oder Wahlmandate
1547 (Dezernent u.ä.) auszuüben. In der Regel wird nach Wahlen die Schlussfolgerung
1548 gezogen, früher mit der Suche nach geeigneten Kandidaten zu beginnen und
1549 Personen zu qualifizieren. Dies erfolgte in der Vergangenheit nur sporadisch oder
1550 fand gar nicht statt. Die Landespartei und die Kreisverbände müssen sich dieser
1551 Aufgabenstellung konsequent stellen. Dabei ist es notwendig, auf allen Ebenen eine
1552 Analyse des mittelfristigen Personalbedarfs zu erstellen und zielgerichtet Personen
1553 für Funktionen zu qualifizieren. Die begonnene Vernetzung der Verantwortlichen für
1554 politische Bildungsarbeit mit den Bildungsträgern ist dazu ein erster Schritt auch
1555 Bildungsangebote zu entwickeln. Es obliegt der politischen Verantwortung der
1556 Vorstände aller Ebenen diese Fragen regelmäßig zu behandeln. Auch hier gilt,
1557 hauptamtliche und ehrenamtliche Aktive ständig zu qualifizieren. Grundsätzlich
1558 sollte das Prinzip gelten, dass Gremien, Fraktionen usw. eine Eigenverantwortung
1559 für die eigene Reproduktion haben. Dieser Prozess kann nicht erst bei bevor-
1560 stehenden Wahlen begonnen werden.

1561

1562 Ein kurzfristiger Schwerpunkt ist die Gewinnung qualifizierter KandidatInnen für die
1563 Stadt- und Gemeinderatswahlen 2009. Bisher sind die „Lücken“ bei der Besetzung
1564 kommunaler Mandate noch übersichtlich. Eine starke Linke benötigt zukünftig aber
1565 deutlich mehr und qualifizierte KandidatInnen auf allen Ebenen.

1566

1567

1568 **4. Kommunikation und Öffentlichkeit**

1569

1570 Unsere Kommunikation nach innen wie nach außen konnte weiter professionalisiert
1571 werden.

1572 Hierbei seien insbesondere der Internetauftritt des Landesverbandes und einer
1573 großen Zahl der Kreisverbände, der Newsletter des Landesverbandes sowie das
1574 Landesmagazin „Klartext“ genannt. Auch bei der inneren Kommunikation können
1575 wir durchaus Fortschritte konstatieren. Der Landesvorstand und das Landeswahl-
1576 büro nutzen schon länger die Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation zur

1577 schnellen Anbindung der Kreisverbände (Sofortinfos, Rundmails). Damit schaffen
1578 wir Transparenz über Planung, Entscheidungsfindung und Beschlüsse und informie-
1579 ren über die Arbeit der Linken.
1580 Eine positive Kommunikation des Erreichten sowie des Notwendigen ist dazu
1581 genauso notwendig wie eine kritische Begleitung von Entscheidungen. Nicht jeder
1582 Beschluss ist bequem, aber manchmal müssen auch unbequeme Dinge umgesetzt
1583 werden.
1584 Weitere Anstrengungen müssen unbedingt unternommen werden beim Zusammen-
1585 wachsen der neuen Kreisverbände. Hier zeigen sich sehr deutlich Informations- und
1586 Kommunikationsverluste, da nach wie vor in den Altkreisstrukturen gedacht wird
1587 und die Neukreisbildung als Begründung angegeben wird, dass es keine Zusammen-
1588 arbeit gibt.
1589
1590 Mit den Kreis- und Regionaltouren des Landesvorstandes hat der Landesvorstand
1591 versucht, Kommunikationsprobleme vor Ort anzugehen. Dabei hat sich gezeigt,
1592 dass es offenbar Informationsdefizite an der Basis gibt, die es auszuräumen gilt.
1593 Hinzu kam die Möglichkeit, aktuelle Probleme der Landes- und Bundespolitik direkt
1594 mit Vertretern der Basisorganisationen und kommunalen Mandatsträgern zu
1595 diskutieren. Dieser erfolgreiche Weg soll fortgeschrieben werden, themenbezogene
1596 Regionaltouren und eine Kreistour pro Jahr sollen zu den Standardaufgaben des
1597 Landesvorstandes gehören.

1598

1599 **Erscheinungsbild**

1600

1601 Die Durchsetzung eines einheitlichen Erscheinungsbildes der Partei DIE LINKE auch
1602 außerhalb von Wahlkämpfen bleibt auch in unserem Landeverband eine zentrale
1603 Aufgabe. Die Wahlkämpfe in den Jahren 2007 und 2008 haben gezeigt, dass es
1604 eben nicht nur eine Frage des persönlichen Geschmacks ist, wie wir uns öffentlich
1605 präsentieren. Auch im Erscheinungsbild müssen wir die neue Qualität der Partei DIE
1606 LINKE präsentieren. Das Büro für Öffentlichkeitsarbeit und das Landeswahlbüro
1607 werden aufgefordert, in konstruktiver Zusammenarbeit mit den Kreisen das einheit-
1608 liche Erscheinungsbild konsequent umzusetzen. In Zusammenarbeit mit den Part-
1609 nern auf Bundesebene, im Land und in den Kreisen ist ein einheitliches Erschei-
1610 nungsbild auf allen Ebenen zu realisieren.

1611

1612 **Internet und Kommunikation**

1613

1614 Mit der Einführung eines CMS-basierten Webauftritts haben die Internetpräsen-
1615 tationen des Landesverbandes und der beteiligten Kreisverbände deutlich
1616 gewonnen. Das Herangehen des Büros für Öffentlichkeitsarbeit, eine effektive
1617 Struktur der Internetpräsentation durch höhere Effizienz und in Verbindung von
1618 Haupt- und Ehrenamt zu schaffen, ist beispielgebend für andere Bereiche der
1619 öffentlichen Kommunikation. Auf dieser Basis ist eine langfristige Internetarbeit
1620 gestaltbar. Es gilt jetzt, die Vernetzung der Bereiche des Landes und der Kreise
1621 auszubauen und die Arbeitsstrukturen zu verstetigen.

1622

1623

1624 **Vernetzung**

1625

1626 Kommunikations- und Informationswege im Landesverband sind oft noch wenig
1627 effizient. Es liegt in der Verantwortung des Landesvorstandes und der Kreisvor-
1628 stände, geeignete vernetzte Informationsstrukturen weiterzuentwickeln. Dazu
1629 gehört neben einem sinnvollen System von Beratungen und Konferenzen auch ein
1630 sicheres Netz elektronischer und verbaler Kommunikation. Das Intranet der
1631 Bundespartei kann dabei eine Hilfe sein, letzten Endes bestimmen aber die Kreis-
1632 verbände selbst, wie schnell und wie gut wichtige Informationen und Debatten
1633 kommuniziert werden. Die Erfahrungen einer Vernetzung der Ebenen sind dazu
1634 auszubauen und an die veränderten Arbeitstrukturen im Landesverband anzu-
1635 passen.

1636

1637

1638 **5. Aufgabenbezogene Strukturen**

1639

1640 Die wachsende gesellschaftliche Akzeptanz der Partei DIE LINKE stellt für uns eine
1641 neue Herausforderung dar. Das heißt auch, dass wir unsere Strukturen an den
1642 neuen Aufgaben orientieren müssen.

1643

1644 **Regionalisierung**

1645

1646 Das Konzept der Regionalisierung und deren Umsetzung war und ist ein Erfolgs-
1647 modell. Es ist uns gelungen, die Aktions- und Kampagnenfähigkeit des Landesver-
1648 bandes über die letzten Jahre annähernd zu halten. Sinkende Ressourcen wurden
1649 durch ehrenamtliche Aktivitäten in den Kreisverbänden nahezu kompensiert, was
1650 einerseits auf die gewachsene Kraft des Ehrenamtes zurückzuführen ist, anderer-
1651 seits auf die erfolgreiche Arbeit der Mitarbeiter des Landesverbandes in den
1652 Regionen. Ohne dieses Zusammenwirken wären die Kampagnen und die Wahl-
1653 kämpfe in den letzten Jahren nicht gemeistert worden. Ohne diese Verbindung
1654 haupt- und ehrenamtlicher Strukturen werden wir die nächsten Wahlkämpfe aber
1655 nicht auf dem notwendigen Niveau führen können. Daher müssen wir gemeinsam
1656 alle Anstrengungen unternehmen, bis zur Landtagswahl 2011 die Regionalisierung
1657 in der bisherigen Form fortzuschreiben.

1658

1659 Sinkende Ressourcen erfordern mittelfristig andere Wege. Im Zusammenhang mit
1660 der Landtagswahl 2011 bietet sich ein Neuansatz an, da wir dann ohnehin die
1661 flächendeckende Präsenz neu organisieren müssen. Natürlich können wir darüber
1662 nachdenken, das bisherige Modell auf zwei oder drei größere Regionen zu über-
1663 tragen. Das wird uns aber nur über einen überschaubaren Zeitraum tragen, da der
1664 beschlossene Weg der sozialen Absicherung der MitarbeiterInnen durch Altersteil-
1665 zeitverträge zu Fehlstellen führt, die nicht durch Neueinstellungen im Landesver-
1666 band in diesem Bereich kompensiert werden können.

1667

1668

1669 **Flächendeckende Präsenz**

1670

1671 Unser Konzept der flächendeckenden Präsenz bestand immer neben den Struktu-
1672 ren der Partei selbst aus einem produktiven Miteinander mit den Bürgerbüros der
1673 Abgeordneten im Bundestag und im Landtag und, soweit vorhanden, den Möglich-
1674 keiten der Stadt- und Kreistagsfraktionen. Das müssen und können wir fortsetzen,
1675 wenn wir mit den Kreisverbänden und den Abgeordneten gemeinsame Anstren-
1676 gungen bündeln.

1677

1678 Einerseits ist es erforderlich, die Arbeit in den Regionalgeschäftsstellen zunehmend
1679 ehrenamtlich zu gestalten, bei sinkendem Support durch die Landesebene. Dazu ist
1680 es notwendig, das Ehrenamt zu gewinnen und zu qualifizieren, aber eben auch die
1681 Arbeitsweise der kleiner werdenden hauptamtlichen Strukturen auf die notwendige
1682 Unterstützung der Ehrenamtlichen in den Regionen auszurichten. Auch ab 2011 soll
1683 für jede Region ein qualifizierter Ansprechpartner zur Verfügung stehen, auch wenn
1684 die Arbeit mit der Region nicht mehr seine Schwerpunktaufgabe sein wird.

1685

1686 Andererseits erfordert die flächendeckende Präsenz ein konstruktives Miteinander
1687 mit den Mandatsträgern auf Landes- und Bundesebene. Wir erwarten von ihnen,
1688 dass sie auch nach der Wahl bereit sind, eine regionale Ausgewogenheit der Vertei-
1689 lung der Bürgerbüros zu unterstützen. Natürlich ist eine Bindung an direkt gewon-
1690 nene Wahlkreise zu beachten. Die Landeslisten werden aber von der gesamten
1691 Partei bestimmt, insofern haben wir auch das Recht zu hinterfragen, wie sich jeder
1692 Einzelne in die Interessen des gesamten Landesverbandes einbringt. Der Landes-
1693 vorstand hat die Aufgabe, nach den Wahlen auf Landes- und Bundesebene notwen-
1694 dige Bedingungen für die flächendeckende Präsenz zu formulieren und umzusetzen.
1695 Bürgerbüros der Abgeordneten werden dabei zunehmend eine bedeutendere Rolle
1696 bei der regionalen Ansprechbarkeit der Partei DIE LINKE spielen, sie können aber
1697 nicht die Aufgaben der Strukturen der Partei übernehmen.

1698

1699 **Landesgeschäftsstelle**

1700

1701 Knapper werdende Ressourcen müssen wir konzentriert einsetzen. Das erfordert
1702 eine klare Definition der Kernaufgaben, ohne sie allerdings sofort personell unter-
1703 setzen zu müssen. Dabei haben wir die rechtlichen Rahmenbedingungen und die
1704 Erfordernisse der Parteientwicklung zu beachten. Wir müssen mittel- und langfristig
1705 die Bereiche

1706

- Office, Dokumentation, Archiv,

1707

- Finanzen und Buchhaltung,

1708

- Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit und

1709

- Mitgliederarbeit einschließlich politischer Bildung

1710 neben der Koordinierungsfunktion in den Regionen als die zentralen Pflichtaufgaben
1711 besetzen. Natürlich sind eine Reihe zusätzlicher Aufgaben vorstellbar und wün-
1712 schenswert, eine mögliche Realisierung wird aber durch die verfügbaren Ressour-
1713 cen bestimmt.

1714

1715 Die Landesgeschäftsstelle unterstützt inhaltlich und organisatorisch die Arbeit des
1716 Landesvorstandes und des Landesausschusses. Weiterhin leistet sie Dienste für die
1717 Landesschiedskommission, die Landesfinanzrevisionskommission, den Landes-
1718 finanzrat sowie die landesweiten Zusammenschlüsse.

1719

1720 **Personal**

1721

1722 2011 steht die gesamte Personalstruktur zur Disposition, nicht aber das Personal
1723 selbst. Der notwendige Personalabbau erfolgt sozial abgesichert durch die Umset-
1724 zung der abgeschlossenen Altersteilzeitverträge. Die Umstrukturierung wird bei
1725 laufendem Betrieb erfolgen, da der Zeitraum des Übergangs in die verdiente
1726 Freizeitphase von 2009 bis 2012 gestreckt ist. Dazu ist es erforderlich, sowohl für
1727 den Ist-Zustand als auch für die zukünftige Struktur eine umfassende Analyse der
1728 Tätigkeiten einschließlich Wegen zu einer höheren Effizienz vorzunehmen. Die
1729 MitarbeiterInnen des Landesverbandes bringen sich bereits jetzt aktiv in diesem
1730 Prozess ein.

1731

1732 Wir gehen davon aus, dass auch zukünftig alle Aufgaben des Landesverbandes mit
1733 dem dann vorhandenen Personal gelöst werden müssen, Neueinstellungen kann es,
1734 wenn überhaupt, nur als Ausnahme geben. Daher bedarf es neben der klaren
1735 Aufgabenbeschreibung einer umfassenden Vorbereitung und Qualifizierung der
1736 MitarbeiterInnen für neue Aufgaben.

1737

1738 Wohl wissend um die Bedeutung des Personals für die Aktions- und Kampagnen-
1739 fähigkeit des Landesverbandes und um die soziale Verantwortung für unsere Mitar-
1740 beiterInnen sollten wir auch weiterhin jede Möglichkeit nutzen, um betriebsbe-
1741 dingte Kündigungen auszuschließen. Das erfordert insbesondere in den Jahren
1742 2009 und 2010 eine besondere Solidarität der Kreisverbände, um die Regiona-
1743 lisierung in der bisherigen Form bis 2011 aufrecht erhalten zu können.

1744

1745 Der Landesvorstand wird beauftragt, die funktionalen Aufgabenbereiche bei Beibe-
1746 haltung der Kompatibilität zur Bundespartei und den anderen Landesverbänden
1747 sowie unter Berücksichtigung spezifischer Aufgaben durch eine geeignete Perso-
1748 nalstruktur abzusichern. Dabei muss gleichzeitig geprüft werden, inwieweit auf
1749 bestimmte Aufgaben verzichtet werden kann bzw. durch welche Maßnahmen eine
1750 weitere Reduzierung der Verwaltungsarbeit möglich wird.

1751

1752

1753 **6. Finanzierung des Landesverbandes**

1754

1755 Die innerparteiliche Finanzarbeit im gesamten Landesverband und allen seinen
1756 Gliederungen ist konsequent auf Eigenfinanzierung zu orientieren.
1757 Finanzierungsquellen sind Mitgliedsbeiträge, Mandatsträgerbeiträge, Spenden und
1758 die staatlichen Mittel.
1759
1760 Die Wahlkämpfe auf Europa-, Landes- und Bundesebene werden ausschließlich aus
1761 den staatlichen Mitteln finanziert, die im zentralen Wahlkampffonds beim Parteivor-
1762 stand angespart werden. Der Kommunalwahlkampf wird zukünftig ausschließlich
1763 aus dem Kommunalwahlfonds finanziert. Zusätzliche Ausgaben sind nur dann mög-
1764 lich, wenn sie durch die vorherige Bildung von Rücklagen auf der entsprechenden
1765 Ebene gesichert sind. Daher sind die Möglichkeiten der Bildung von Rücklagen aus
1766 Einsparungen und des Kommunalwahlfonds auszunutzen und zu stärken. Der
1767 Kommunalwahlfonds wird durch den Landesvorstand, vertreten durch die Landes-
1768 schatzmeisterin/den Landesschatzmeister, verwaltet. Er dient ausdrücklich nur zur
1769 Finanzierung der Kommunalwahlen. Im Übrigen gilt der Beschluss der 1. Tagung des
1770 6. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt im September 1999 unverändert. Die
1771 Kreisverbände, die sich bisher nicht am Kommunalwahlfonds beteiligen, werden
1772 durch den Parteitag aufgefordert, ihre Haltung zu korrigieren.
1773
1774 Der Landesverband trägt, vertreten durch die Landesschatzmeisterin/den Landes-
1775 schatzmeister, die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit von Rechnungslegung
1776 und Buchführung sowie Abschlüssen im gesamten Landesverband. Die Kreisvor-
1777 stände tragen die Verantwortung für den Nachweis der Einnahmen und Ausgaben
1778 entsprechend der Buchhaltungsrichtlinie in ihrem Verantwortungsbereich.
1779
1780 Der Landesverband als wirtschaftliches Unternehmen muss kurz- und mittelfristig
1781 über Finanzierungssicherheit verfügen. Basis der Finanzplanungen sind die Ein-
1782 nahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Mandatsträgerbeiträgen. Daher ist es uner-
1783 lässlich, mit mehr Konsequenz die Beitragskassierung entsprechend Satzung und
1784 Beitragsrichtlinie einzufordern.
1785
1786 **Wir können höhere Beiträge erreichen!**
1787
1788 Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt uns, wie schwer und mühselig es ist, einen
1789 Beitrag gemäß der Beitragsordnung einzufordern. Auch differenzierte Bemühungen
1790 und Ergebnisse in den Kreisen sollten uns ermuntern, aktiv um Beiträge zu werben.
1791 Dazu ist es notwendig, in den Kreisen die Situation zu analysieren und konkrete
1792 Zielstellungen zu formulieren. Wir brauchen im Landesverband Sachsen-Anhalt (und
1793 in der gesamten Partei DIE LINKE) eine Debatte zur Beitragszahlung. Und diese im
1794 Zusammenhang mit der Debatte, wie viel jedem einzelnen Mitglied die Partei wert
1795 ist. Aber diese Diskussion können wir nicht nur einzelnen Mitgliedern überlassen.
1796 Auch wenn es unbequem ist, viele sollten dieses Gespräch suchen. Die Hauptver-
1797 antwortung für diesen Prozess tragen die Vorstände auf allen Ebenen.
1798 Beitragssteigerungen sind möglich, das zeigen nicht nur die Reaktionen auf die

1799 Briefe mit der Übergabe der Zuwendungsbescheide, sondern auch die Entwicklung
1800 in einigen Kreisverbänden.

1801

1802 Der Bankeinzug sollte als verwaltungsarmes und prüfungssicheres Verfahren für die
1803 Beitragszahlung ausschließlich genutzt werden. Auch dazu bedarf es Überzeugungs-
1804 arbeit. Bis zum Ende 2008 wollen wir 80 % unserer Mitglieder und bis Ende 2009
1805 alle Mitglieder für das Lastschriftverfahren werben. Neueintritte zahlen grundsätz-
1806 lich ihren Beitrag per Bankeinzug. Über Workshops wurde den Beitragsverantwort-
1807 lichen angeboten, sich mit Erfahrungen und Argumenten auszustatten, um im
1808 Gespräch zu überzeugen.

1809

1810 Spenden und Mandatsträgerbeiträge tragen wesentlich zum finanziellen Spielraum
1811 für die politische Arbeit im und des Landesverbandes bei. Auch hier ist ein Zuwachs
1812 möglich. Wege dahin sind:

- 1813 • der Abschluss von Vereinbarungen mit Spendern, ob Mitglied oder auch
1814 nicht, als sichere Finanzierungsquellen für die politische Arbeit, insbeson-
1815 dere auch den Kommunalwahlfonds,
- 1816 • die Orientierung auf Spenden von außen, insbesondere auch von
1817 juristischen Personen und
- 1818 • die Nutzung von Aktionen und politischen Höhepunkten zur gezielten
1819 Einwerbung zusätzlicher projektbezogener Spenden.

1820

1821

1822 **7. Wahlkämpfe und ihre Finanzierung**

1823

1824 Die Wahlkämpfe in den nächsten Jahren werden durch hohe Erwartungen an unsere
1825 Partei bestimmt. Um aber die derzeit in den Umfragen gehandelten Ergebnisse auch
1826 tatsächlich zu erreichen, ist eine hohe Mobilisierung in professionell gestalteten
1827 Wahlkampagnen erforderlich. Dem entgegen stehen aber die sinkende Kampag-
1828 nenfähigkeit im Landesverband und abnehmende personelle und finanzielle
1829 Ressourcen. Daher ist es notwendig, die Wahlen 2009 (Europawahl, Bundestags-
1830 wahl, Kommunalwahl) und 2011 (Landtagswahl) kontinuierlich und langfristig
1831 vorzubereiten. Synergie in Kampagnen und bei der Verwendung der finanziellen
1832 Mittel macht auch für die Wahlen auf kommunaler Ebene eine zentrale Koordinie-
1833 rung durch das Landeswahlbüro erforderlich. Die langfristige Einbeziehung der
1834 Kreisverbände in die Planung und Umsetzung der Kampagnen soll zu einem stärkeren
1835 Miteinander führen. Eine höhere Verbindlichkeit von Absprachen ist dazu eine
1836 notwendige Voraussetzung. Miteinander heißt aber auch, Eigenständigkeit der
1837 Umsetzung eines einheitlichen Erscheinungsbildes in den Kreisen je nach regio-
1838 nalen Möglichkeiten zu fördern.

1839

1840 Mit dem Beschluss der 1. Tagung des 6. Landesparteitags der PDS zur Einführung
1841 eines Kommunalwahlfonds haben wir langfristig eine solide Grundlage für die
1842 Finanzierung von Kommunalwahlen gelegt. Leider wurde er im Landesverband nicht

1843 konsequent umgesetzt. Grundsätzlich stehen wir dafür, dass auf unseren Listen
1844 jeder unabhängig von seiner persönlichen finanziellen Situation kandidieren kann.
1845 Um das sicherzustellen, bedarf es einer konsequenteren Arbeit mit dem Kommunal-
1846 wahlfonds. Kreise mit guten Erfahrungen sollten diese an andere weitergeben. Aber
1847 auch hier gilt das Prinzip, dass die MandatsträgerInnen auf allen Ebenen auch für
1848 ihre Zukunft Verantwortung tragen. Dazu gehört neben dem Personal eben auch
1849 das Ansparen von Mitteln für zukünftige Wahlkämpfe.

1850

1851 Die nächsten Jahre werden für den Landesverband nicht leicht, wir sind aber zum
1852 Erfolg verpflichtet. Und wir können die hohen Ziele erreichen, in einem solidari-
1853 schen Miteinander. Der gemeinsame Erfolg wird uns stark machen.

1854

1855

1856 Dieser Beschluss schreibt folgende Parteitagebeschlüsse fort:

1857

- 1858 • Beschluss der 1. Tagung des 9. Landesparteitags der PDS zum „Konzept für
1859 eine finanzierbare Struktur bis 2010“
- 1860 • Grundsätze zur Finanzarbeit im PDS-Landesverband Sachsen-Anhalt ab dem
1861 Finanzjahr 2001 (Beschluss der 2. Tagung des 6. Landesparteitages der PDS
1862 Sachsen-Anhalt)
- 1863 • Beschluss der 1. Tagung des 6. Landesparteitags der PDS zur Einrichtung
1864 eines Kommunalwahlfonds

1865

1866

1867

1868

1869

1870

1871

1872

1873

1874

1875

1876

1877

1878

1879

1880

1881

1882

1883

1884

1885

1886

1887
1888
1889